

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährl. 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Ercheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Klerikale Treue zur Republik.

Wer ohne Kenntnis der wirklichen Verhältnisse in der Tschechoslowakischen Republik nur darauf seine Kenntnis aufbauen würde, was die Klerikalen darüber schreiben und reden, der muß zu der Meinung gelangen, daß die Klerikalen hierzulande ein wahres Martyrium erleiden. Sie verstehen es ausgezeichnet, die Duldermiene aufzusetzen und sie häufen Klagen auf Klagen darüber, wie schlecht es ihnen gehe und wie sie bedrückt würden. Dieser Appell an die mitleidigen Herzen und an die Tränenbrühen der Unwissenden und Gedankenlosen, ist ihnen bisher nicht schlecht bekommen, denn die Stärke der Klerikalen ist seit dem Bestande der Republik nicht unbedeutend gewachsen. Sie klagen heuchlerisch, es geschehe ihnen bitteres Unrecht, doch der tschechoslowakische Umsturz hat gerade dieses unterlassen: die Machtstellung des Klerikalismus einzuschränken, denn er war zu sehr damit beschäftigt, der Parole „Los von Wien“ zu folgen, als daß er Zeit gehabt hätte, sich um die mindestens ebenso notwendige Parole „Los von Rom“ zu kümmern. Dieser Umsturz, der ängstlich darauf bedacht war, dem Klerikalismus nicht ein Haar zu krümmen, hat zur Folge, daß der Uebermut der schwarzen Kuttenträger bis zur Unerträglichkeit gestiegen ist, und daß sie die ihnen belassene unbeschränkte Macht dazu auszunützen suchen, den Staat vollends in ihre Klauen zu bringen.

Ein Blick auf den eben zur Verhandlung stehenden Staatsvoranschlag zeigt, wie heute noch der Staat und die gesamte Bevölkerung dem Klerikalismus dienstbar und tributpflichtig sind. Für das Jahr 1925 sind im Voranschlag für kirchliche Zwecke 69,607,367 Kronen eingestellt, von denen 54,741,429 Kronen, also der Löwenanteil dieser ungeheuren Summe, der römisch-katholischen Kirche gewidmet sind. Auch besser ist das angebliche Unrecht, über das die Klerikalen so beweglich jammern, aus dem Vergleich der vorstehenden Ziffern mit jenen der früheren Staatsvoranschläge zu ersehen. Im Jahre 1919, da die Klerikalen infolge des Erstarkens des Sozialismus und der Demokratie etwas bescheidener waren und es für gut hielten, sich nicht dreist vorzudrängen, betrug der Beitrag des Staates für Kultuszwecke etwas über 20 Millionen Kronen. Je höher der Einfluß der Klerikalen im Staate stieg, umso begehrtlicher wurden sie und umso einflußreicher kredeten sie ihre Hände nach den öffentlichen Steuergeldern aus. Schon im Jahre 1920 verschlang der Geldhunger des Klerikalismus 30 Millionen Kronen, im Jahre 1921 54 Millionen, im Jahre 1922 über 60 Millionen, im Jahre 1923 über 67 Millionen und im laufenden Jahre gar schon 76 Millionen Kronen. So sieht es mit der Unterdrückung des Klerikalismus aus! Dabei sind in dieser ungeheuren Summe noch nicht die Ausgaben für die theologische Fakultät und die Subventionen für den Bau von Kirchen usw. enthalten. Für das Jahr 1925 ist der Staatsbeitrag für kirchliche Zwecke wohl um sechs Millionen Kronen geringer, aber wenn man bedenkt, daß die Sparungsregeln für das nächste Jahr im Staatshaushalt insgesamt 1500 Millionen betragen, so ist der Teil, den der Klerikalismus zu dieser Sparsamkeit beiträgt, ein verschwindend geringer, besonders, wenn man bedenkt, daß die Summen, die er empfängt, völlig unproduktiven Zwecken dienen, während an wichtigen Ausgaben, an der Schule, an der Fürsorge für die Kranken, für die Arbeitslosen unbarmherzig gestrichen wurde.

Diese Ziffern zeigen genug darüber, warum die Klerikalen sich der Forderung nach Trennung der Kirche vom Staate so hartnäckig und bössartig widersetzen. Die Republik ist ihnen die Kuh, die sie melken und die sie ausgiebig mit Milch und Butter versorgt. Trennung der Kirche vom Staate, das würde den Verzicht bedeuten, sich aus diesem Futtertrug zu mästen und ehe das die Klerikalen zulassen, mögen

Seipel verhandelt mit den Landeshauptleuten. Das Abgabenteilungsgezet und die Sanierung.

Wien, 14. November. In der Bundeskanzlei sind heute die den Mehrheitsparteien angehörigen Landeshauptleute und Finanzreferenten der Bundesländer zu einer Aussprache mit dem Bundeskanzler zusammengetreten, der auch der Finanzminister bewohnte und in der versucht wird, zu einem Einvernehmen über die Grundlagen der noch in diesem Jahre vorzunehmenden Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Ländern zu gelangen.

Es handelt sich vor allem um finanzielle Fragen, die bei der in Aussicht genommenen Novellierung des Abgabenteilungsgezetes in Betracht kommen. Diese Fragen greifen in den Haushalt der Länder ein und stellen deswegen eine sehr heikle Materie dar. Trotzdem erwartet man, daß es möglich sein wird, die Ländervertreter auf

eine Linie festzulegen, welche weitere Kommissive der Sanierungsaktion aus dem Verhältnisse des Bundes zu den Ländern ausschließt.

Erhöhung der österreichischen Personentaxen.

Wien, 14. November. (R.B.) Nach einer Mitteilung der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen werden voraussichtlich mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1925 die Personentaxen auf den österreichischen Bahnen durchschnittlich um 30 Prozent erhöht. Die Verwaltungskommission der österreichischen Bundesbahnen hat den vorerwähnten Tarifmaßnahmen in ihrer Sitzung vom 7. November zugestimmt. Mit den Ereignissen der letzten Tage stehen diese Maßnahmen in keinem Zusammenhang.

Die Wiedereinstellung der entlassenen französischen Eisenbahner gesichert.

Paris, 14. November. (Eigenbericht.) Der Senat, der heute die Diskussion des Amnestiegezetes fortsetzte, hat zur Wiedereinstellung der während des Streikes im Jahre 1920 entlassenen Eisenbahner einen von der Senatskommission vorgeschlagenen Passus, der die Wiedereinstellung dem Ermessen der Gesellschaft überläßt, nach einer Intervention Perriots abgelehnt. Mit 161 gegen 135 Stimmen wurde ein Antrag der demokratischen Linken auf Wiederherstellung des Paragrafen in der ursprünglichen Fassung der Kammer, in der die Wiedereinstellung der entlassenen Beamten den Gesellschaften zur Pflicht gemacht wird, angenommen.

Die deutsch-französischen Wirtschafts-verhandlungen.

Berlin, 14. November. (Eigenbericht.) Die deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen sind infolge der verschiedenartigen Auffassung über die hundertprozentige Reparationsabgabe auf einem kritischen Punkt angelangt. Der Führer der

deutschen Delegation ist heute nach Berlin zurückgekehrt, um Bericht zu erstatten. Die Regierung steht aber auf dem Standpunkt, daß sich doch noch eine Verständigung erzielen lassen wird.

Paris, 14. November. (Habas.) Ministerpräsident Herriot erklärte dem deutschen Botschafter Hösich vor der Unterbrechung der Sanierungsverhandlungen, er könne Forderungen, denen einige Tage später wiederum neue folgen könnten, nicht in Erwägung ziehen.

Einigungsveruche im Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 14. November. (Eigenbericht.) In den Streik der Angestellten der Berliner Hoch- und Untergrundbahnen wollen jetzt die Schlichtungsinstanzen von Groß-Berlin eingreifen und morgen einen Einigungsversuch unternehmen. Auch die Stadtverordnetenversammlung und ebenso der Aufsichtsrat des Unternehmens haben sich nunmehr mit dem Streik und der durch ihn geschaffenen völlig unhaltbaren Verkehrs-lage beschäftigt.

lieber die Staatsangestellten Hunger leiden, die armen Pensionisten im Elend verkommen, was sich mit den christlichen mildtätigen Herzen der Klerikalen ganz gut verträgt. Von der Republik herauszupressen, was aus ihr nur herausgepreßt werden kann, finden die Klerikalen in Ordnung. Diese selbe Republik, die sie nährt und ihnen viele tausende Agitatoren aus den Steuergeldern bezahlt, lassen sie aber auf den Tod. Sie haben noch immer nicht auf die Monarchie verzichtet, der sie nicht nur ein stilles Beifeld bewahren, sondern deren Wiederherstellung sie, wenn Wind und Wetter nur etwas günstiger wären, mit allen Kräften betreiben würden. An einer der letzten Sitzungen des Budgetausschusses hat der Abgeordnete Vater Roub-nickly erklärt: „Inwieweit es um die Frage der Verhältnisse zwischen der Kirche und dem Staate geht, ist einzig und allein der Heilige Stuhl kompetent und berufen, die Dinge zu entscheiden; die gläubigen Katholiken sind auf seine Autorität und Entscheidungen angewiesen.“ Derart ist der Patriotismus und die republikanische Treue der Klerikalen beschaffen! Ihre Autorität ist nicht die Republik, sind nicht die Entscheidungen, die das Volk trifft, sondern der Papst! Laßt die Klerikalen zur Herrschaft kommen, dann wird nurmehr ein Wille gebieten, der Wille der kirchlichen Hierarchie, die römische Autorität! Von der Republik nehmen sie die Mittel, aber sich als ihre Bürger zu fühlen, fällt ihnen nicht ein und maßgebend in allen Dingen ist ihnen nur der Papst. Es liegt danach nahe, die Klerikalen, da sie nur im Vatikan den maßgebenden Faktor erblicken, die Republik dagegen als Ausplünderungsobjekt betrachten, darauf zu verweisen, sie mögen vom Vatikan auch die Mittel zu ihrer

Erhaltung und Bezahlung ihrer Agitatoren verlangen. Wir zählen wahrhaftig nicht zu denen, welche die Fehler und Mängel, die dieser Republik leider in schwerer Menge anhängen, nicht sehen und gegen ihre Beseitigung nicht ankämpfen wollen. Doch die Klerikalen sind die allerletzte, welche sich über die Zustände in der Republik zu beklagen haben. Dank der Regierungskoalition, von der sie einen Teil bilden, haben sie sich hier ins Warme gesetzt, als hätte es nie einen Umsturz gegeben. Alle die frommen Herren, die ehemals schwarz-gelb bis auf die Knochen waren, die zur Ehre des Hauses Habsburg die Söhne aller Nationen, die in den Tod geschickt wurden, segneten und in den Kirchen, mit dem Papst an der Spitze, für Habsburgs Sieg beteten, dürfen nach ihrer eifertigen Verkleidung als tschechoslowakische Patrioten die neue Republik, die sie mit ihrer schwarzen Seele hassen, nach Herzenslust schröpfen. Es bleibt nur die Frage, wie lange noch sich die Bevölkerung des Staates dieses unerhörte und anmaßende Treiben der Klerikalen gefallen lassen wird. Sie hängen am Körper der Republik wie die Blutegel, saugen seine Lebenskraft aus, verhindern durch ihre Unerfättlichkeit die Erfüllung hundertfach wichtigerer Aufgaben als es die des Kultus sind und wagen es dann noch über Entrechtung und Versklavung zu schreiben. Der Republik aber versagen sie die Anerkennung, die Autorität des Volkes verachten sie, ihre Autorität ist nur die höchste kirchliche Stelle. Wäre das deutsche und tschechische freisinnige Bürgertum nicht feige, es hätte sich längst gegen die Anmaßungen des Klerikalismus zur Wehre setzen müssen. An der Arbeiter-schaft würde es bei diesem Abwehrkampfe gewiß nicht fehlen!

Bodenreform und Lebens-mittelsteuerung.

Nach dem Umsturz zitterte eine Welle der Begeisterung durch die arbeitenden Menschen aller Länder und uns strömten Anhänger aus Bevölkerungsschichten zu, die sonst ihrer Natur nach nicht zu den Anhängern der Sozialdemokratie gezählt werden. Es waren dies neben den Arbeitern und Angestellten die Kleinbauern und Häusler, die ihr Teil von einem Stück Sozialisierung erwarteten, über die dunkle Gerüchte aus dem Osten zirkulierten. Instinktiv glaubten diese Menschen, daß nun die Produktionsmittel, darunter auch der Boden, wieder in die Hände der wirklich Produzierenden zurückzuführen werden, ohne daß sie sich über das „Wie“ eine klare Vorstellung machen konnten.

Auch in der Tschechoslowakei nahm sich der Anfang vielversprechend aus. Die Bodenreform und Enteignungsgesetze entsprachen wohl in vieler Hinsicht nicht unseren programmatifischen Forderungen, immerhin waren sie geeignet, manches Jahrhunderte alte Unrecht gut zu machen und den Boden aus den Händen der Adligen auch in den Besitz von Körperschaften und Kommunen zu überführen. Die Erwartungen waren auch deshalb gespannt, weil wir gerade den Krieg hinter uns hatten mit seiner Lebensmittelnot, die durch eine Spekulation der Agrarier nicht unwesentlich beeinflusst wurde. Brachte das Getreide mehr, so wurde das eine Jahr Getreide, brachte das Vieh mehr, so wurden das andere Jahr Futtermittel angebaut, oder das Land brach zu Weide liegen gelassen.

Doch bald zeigte es sich, daß die Bodenreform durch die Einflußlosigkeit der sozialistischen Parteien jedes sozialen Charakters entleert und nur zu nationalitätlichen Zwecken mißbraucht wurde. Heute, wo die Bodenenteignung und Aufteilung am Höhepunkt steht, wo viele hundert Beamte damit beschäftigt sind, den Bufen aufzuarbeiten, was dem Staate schon hunderte Millionen gekostet, wird der Großgrundbesitz einfach von einem Besitzer dem andern überantwortet, so daß sich im großen und ganzen nichts ändert, als die Nationalität des Besitzers. Die kleinen Landwirte erhalten sehr wenig und wenn sie Deutsche sind, in der Regel gar keinen Boden. Dafür haben sich ganze Gesellschaften tschechischer Kapitalisten gebildet, die sich gegenseitig Güter und Reistgüter in die Hände arbeiten.

Es ist dabei selbstverständlich, daß die volkswirtschaftlichen Forderungen dabei zu kurz kommen. Bei der ganzen Bodenreform ist noch nie gefragt worden, wie dabei die Getreide-, Vieh- und Milchproduktion gehoben werden könnte. Im Verteilungsgesetz wird unter anderem verfügt, daß der Boden durch zehn Jahre nicht weiter veräußert werden darf. Damit sollte der Spekulation mit dem zugeteilten Boden ein Riegel vorgeschoben werden. Dafür blüht aber heute eine andere Spekulation. Auf der einen Seite sind es die von der Enteignung bedrohten Großgrundbesitzer, die in letzter Stunde aus ihrem Besitz herauszuholen trachten, was sich herausholen läßt. So haben viele aus Wäldern und Auen die teuersten Holzarten herausfällen lassen, wogu sie eine Bewilligung von der Forstbehörde nicht brauchten. Sie haben die Aufwendungen für Kunstdünger und Meliorationen vollständig eingestellt und im letzten Jahre kann man beobachten, daß sie den Boden gründlich ausfauchen wollen. So haben die Herrschaften diese Jahre die Anbaufläche für Zuckerrübe wohnsinnig erhöht. Flächen, die für Getreide, hauptsächlich für Weizenbau bestimmt waren, sind dieses Jahr zum größten Teil mit Rüben bebaut worden. Wir konnten an einzelnen Beispielen feststellen, daß die Güter im heurigen Jahre die fünf- bis sechsfache Menge Rüben gegenüber dem Vorjahre gebaut haben. Dieser übermäßige Rübenbau verringert selbstverständlich neben dem diesjährigen Wünderertrag der Getreidemitte das inländische Getreidequantum ganz gewaltig. Die hohen Getreidepreise sind daher wenigstens zum Teile auf Spekulation zurückzuführen.

Für die Rüben lösen dagegen die Agrarier ein Vermögen. Der Rübenpreis ist von 23 bis 28 Ks abgestuft. Wenn man ein Mittelsertragnis von 300 Meterzentner pro Sektor rechnet, so ist der Ertrag davon immer 7000 bis 8400 Ks pro Sektor. Eine mittlere Herrschaft baut ca. 70 bis 100 Hektar an, so daß schon von der Rübe allein ein Ertrag von über eine halbe Million resultiert. Dabei leistet die Regierung den Agrariern bei diesem Fischzug noch Helfersdienste, indem sie die Zuckerrüben trotz dieser Ueberproduktion erhöht. Es werden dabei

doppelte Geschäfte gemacht. Der tschechische Zucker wird im Auslande billiger verkauft. Es kommen dadurch Zehnen herein, die unsere Finanzwirtschaft stützen müssen. Die Bevölkerung zahlt die Kosten der höheren Getreide- und Zuckerpreise und wird dabei um die wirtschaftlichen Vorteile der Bodensteigerung gebracht.

Als Nutznießer dieses Ausbeutungsfeldzuges entpuppen sich die

deutschen und tschechischen Bodenkapitalisten, wobei konstatiert werden muß, daß die tschechische Kapitalistenklasse, trotz der Jugend ihrer Bewegung, das Geschäft ausgezeichnet versteht.

Ueber all diese, das Volk schädigende Tätigkeit dieser hungerigen Raffen, hält die Regierung ihre schützende Hand. Es ist ein höchst erkundliches Bild aus der demokratischen Republik! H. N.

Hitlers Vorliebe für gute Baluten.

Enthüllungen eines Genfer Blattes.

Genf, 14. November. (Eigenbericht.) Unter dem Titel „Sammlungen für Hitler“ hatte die „Tribune de Geneve“ gestern eine Wiedergabe von Meldungen bahrischer Blätter über

Geldbetiteln Hitlers im Ausland veröffentlicht. Heute bringt nun ein anderes Genfer Blatt mehrere Einzelheiten über die öffentlichen Umtriebe in der Schweiz. Sie fragt an, ob es wahr sei, daß Hitler in Begleitung seines Adjutanten Danzger im September 1923 sich in

Zürich im Hotel St. Gotthard aufhielt und dort 33.000 Franken

bekam. Die Verhandlungen des Hitlerprozesses hätten bewiesen, daß die völkischen Führer ihre Gehalte in Schweizer Franken bezogen, während ihre Soldaten Papiermark erhielten. Hitler habe übrigens eine große Vorliebe für das unutarische Geld gezeigt. Er habe sich nicht um dessen Herkunft gekümmert und an allen Türen selbst an fransösischen geklopft.

Baldwin will die Anerkennung Englands annullieren?

London, 14. November. (Eigenbericht.) Der zur Untersuchung des Sinowjewbriefes gebildete Ausschuss von Kabinettsmitgliedern besteht aus dem Außenminister Chamberlain und drei Mitgliedern der Regierung, darunter Lord Birken-

head. Gerüchtwiese verlautet, daß das Kabinett Baldwin plane, die Anerkennung Russlands als für die neue Regierung nicht bindend zu erklären. Diese Nachricht wird jedoch in den der Regierung nahestehenden Kreisen energisch bestritten.

Heute fand im Auswärtigen Amt ein Empfang der in England akkreditierten Bolschewisten statt.

Kommunistische Brunnenvergiftung.

Der Reichenberger „Vorwärts“ über den österreichischen Streik. — Das „Rude Bravo“ lagt das Gegenteil.

Wenn ein Streik von den Kommunisten geleitet wird, dann wird er immer gewonnen. Auch die schlechtesten Kompromisse haben als Sieg zu gelten. Bricht er doch zusammen (es soll nicht selten vorkommen), dann ist der „Verrat der Sozialpatrioten“ daran schuld. Ein sozialdemokratischer Streik endet immer mit einer Niederlage. Auch die Erfüllung aller Forderungen hat dann noch als feiger Verzicht zu gelten. Das sind so ungefähr die Regeln, die ein Moskauer Redakteur bei der Aufnahmepreparierung auswendig lernen muß. Der österreichische Eisenbahnerstreik endete mit einem ansehnlichen Erfolg der Streikenden. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt darüber:

Die Eisenbahner bekommen also zunächst eine einmalige Zuwendung von 40 Märzbezügen. Außerdem aber wird die definitive Besoldungsreform vom 1. Oktober d. J. an rückwirkend gemacht. Da nun die definitive Besoldungsreform jedem Eisenbahner eine Erhöhung seiner Bezüge um 15 Märzbezüge bringt, entfallen auf die Monate Oktober bis Dezember 33 Märzbezüge. Nun gilt aber von der einmaligen Zuwendung von 40 Märzbezügen ein Teil, nämlich 26 Märzbezüge, als Vorschuß auf die Besoldungsreform. Die Eisenbahner werden daher aus der Rückwirkung der Besoldungsreform noch 33-26 = 7 Märzbezüge bekommen. Im ganzen bekommen sie daher für die Monate Oktober bis Dezember 19 Märzbezüge als einmalige Zuwendung und sieben Märzbezüge aus der Rückwirkung der Besoldungsreform, zusammen also 47 Märzbezüge. Das heißt: Unsere Eisenbahnergewerkschaft hat für die Monate Oktober bis Dezember 48,6 Märzbezüge gefordert und sie hat tatsächlich 47 Märzbezüge durchgesetzt.

Es wurden überdies wertvolle Zugeständnisse in den Fragen der Nachdienstzulage und der Reisekostenentschädigung er-

reilt. Die Hilfsbediensteten nehmen an der Besserstellung vollen Anteil und die Pensionisten erhalten ebenfalls alle Begünstigungen. Für das neue Dienstrecht wurde vereinbart, daß es unter Aufrechterhaltung des unänderbaren Dienstverhältnisses ausgearbeitet wird.

Der „Vorwärts“ muß nun aus diesem Ergebnis einen sozialdemokratischen Verrat konstruieren. Obwohl er die „genauen Bedingungen“ noch gar nicht kannte, machte er sich, nach dem Stahl- und Moorbad des Prager Parteitages neugestärkt im revolutionären Eifer und zum Kampfe gegen die Sozialpatrioten doppelt gerüstet, an die Arbeit; dann „aus den vorliegenden bürgerlichen Meldungen ist schon ganz deutlich die allgemeine Grundlage ersichtlich, auf der die Einigung erzielt wurde. Und diese Grundlage zeigt klar, daß sich die Regierung in ihrer Ohnmacht gegenüber der Einmüßigkeit der kämpfenden Eisenbahner wohl genötigt sah, einige Zugeständnisse zu machen, daß aber die reformistischen Gewerkschaftsführer aus Angst vor den politischen Folgen des Kampfes mit allen Mitteln durchgesetzt haben, daß die Eisenbahner den Kampf aufgeben, ohne den vollen Erfolg, der möglich gewesen wäre, zu erreichen.“

Anderer Meldungen als die bürgerlichen lagen wohl in Reichenberg nicht vor? Oder nimmt man dort grundsätzlich nur „Bohemia“ und „Tagblatt“ - Berichte?

Man weiß übrigens auch aus den bürgerlichen Berichten, daß die Regierung fast in allen Punkten nachgegeben hat. Auch daß die Klausel fallen würde, die den Verzicht auf weitere Lohnforderungen beinhaltet, ahnte man in Reichenberg schon:

Es steht in diesem Augenblicke noch nicht fest, ob all diese Einzelheiten der Bedingungen, um die

sich die Schlichterhandlungen der Vertreter der drei Eisenbahnergewerkschaften mit dem Präsidenten der Bundesbahnen bewegten, von den Vertretern der Eisenbahner ohne jede Abänderung akzeptiert wurden. Nach einer Meldung der „Bohemia“ setzten die Vertrauensmänner der Eisenbahner der Forderung auf Abschaffung des Indexprinzips einen heftigen Widerstand entgegen und verurteilten „erhebliche Schwierigkeiten“. Die Tatsache, daß es dennoch, kurz darauf gelang, eine Einigung herbeizuführen, läßt aber kaum einen Zweifel übrig, daß im wesentlichen der Standpunkt der Bundesbahnverwaltung, der Standpunkt der inländischen und ausländischen Sanierungsbehörden gesiegt hat und daß die Eisenbahner schließlich doch über's Ohr gehauen wurden.

Trotzdem stürzt sich der „Vorwärts“ auf diese Klausel und so, als ob sie unwiderruflich angenommen wäre, folgert er aus ihr den „Verrat“ der Sozialdemokraten. Die Gegenüberstellung des Berichtes in der „Arbeiter-Zeitung“ und der Polemik des „Vorwärts“ zeigt, wie schamlos die Reichenberger Brunnenvergifter vorgehen.

„Arbeiterzeitung“: „Nach einer halbständigen Beratung des Präsidenten Gänther mit dem Bundeskanzler Doktor Seipel begab sich hierauf jener zu der gemeinsamen Konferenz mit den Gewerkschaftsvertretern. In dieser Aussprache teilten dann die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen die Beschlüsse ihrer Vertrauensmännerversammlungen mit. Es ergab sich dabei, daß nur noch ein einziger Differenzpunkt vorhanden ist, nämlich die Bindungsklausel, wonach bis Ende Feber, bzw. April 1925 keine materiellen Forderungen gestellt werden dürfen, welche Beseitigung die sozialdemokratischen Eisenbahner verlangen. Bundespräsident Gänther begab sich nach 8 Uhr neuerdings zum Bundeskanzler Doktor Seipel ins Parlament und im Beisein des Handelsministers Dr. Schürff und des Präsidenten Dr. Dinghofer wurde dann nochmals verhandelt, wobei man zu der Meinung kam, daß eine vollständige Aufrechterhaltung dieses Punktes nicht notwendig sei. Mit dieser Vereinbarung begab sich Präsident Gänther neuerdings zur Beratung mit den Gewerkschaftsvertretern der Eisenbahner, worauf dann um einviertel 10 Uhr der Vorschlag der Generaldirektion mit der verlangten Änderung genehmigt wurde und nach endgültiger Formulierung die Unterschrift der Unterhändler erhielt.“

„Vorwärts“: „Und für diese Lohnaufbesserung hat die Bundesbahnverwaltung die Forderung gestellt, daß bis Ende April nächsten Jahres keinerlei Lohnforderungen aus Gründen der Teuerung gestellt werden dürfen. In einem Wiener Bericht des „Prager Tagblattes“ wird das so ausgedrückt: „Diese Besoldungsordnung wird sich zum erstenmal vom Indexprinzip freimachen...“ Dafür also, daß die Eisenbahner eine Lohnerhöhung erhalten, die einen Teil der bisherigen Erhöhung der Lebensmittelpreise weitmacht, soll für die Zukunft das bisherige Indexsystem gänzlich abgeschafft werden. Es soll abgeschafft werden die bisherige Festlohnheit, nach der sich die Löhne, wenn auch unvollkommen und verspätet, also in einer für die Arbeiter betrügerischen Weise, doch wenigstens zum Teil den Preisen der Lebensmittel und der anderen Bedarfsartikel anpassen. Die Arbeiter bekommen jetzt einen Knochen hingeworfen, dafür entsagen sie aber für die nächsten Monate des Rechtes, irgend eine Lohnaufbesserung zu verlangen, wie immer auch die Preise — wie das nach der bisherigen Preisbewegung mit Sicherheit zu erwarten ist — in den nächsten Monaten in die Höhe gehen mögen. Für 6 Prozent Lohnerhöhung sollen sie sich an Händen und Füßen binden und der Willkür der Bundesbahnverwaltung und der Lebensmittelhändler an Gnade und Ungnade ausliefern lassen!“

Nachdem man eine unsichere Vermutung (über eine demagogische Hofnung der Moskauer Arbeiterführer?) in eine gelungene Tatsache umgelogen hat, zieht man frisch-fröhlich gegen die Sozialdemokraten zu Felde. Solange es in Oesterreich so eine Art kommunistischer Partei gab, sagte man in ähnlichen Fällen, daß österreichischen Arbeiter seien in ihrer Mehrzahl (es war ungerufen eine gute Mehrheit!) noch nicht „reif“. Nur die Anhänger der Herren Spiz, Toman, Koritschoner, Beiglstock usw. seien wirkliche Klassenbewußte Proletarier. Nun sind aber wieder einige Spaltungen der Tischgesellschaft die sich A.P.D. nennt, vorgekommen und man kann beim besten Willen nicht behaupten, daß jetzt alle österreichischen Arbeiter unteufel Sozialpatrioten sind. Daher gesteht der „Vorwärts“ den österreichischen Arbeitern jetzt wieder zu, daß sie doch in ihrer Gesamtheit Klassenkämpfer sind; ja sie sind sogar besonders tüchtig, da sie trotz der sozialdemokratischen Führung Sozialisten sind. Er schreibt daher:

Der jetzige Generalstreik der Eisenbahner war und bleibt — welche immer auch die Umstände sein mögen, unter denen er ausgebrochen und beigelegt wurde — ein unvergängliches Ruhmesblatt des österreichischen Eisenbahnerproletariats, ein sicheres Zeichen des trotz aller autoritärer und demagogischer Lebendigen Klassenbewußtseins und Kampfwillens des österreichischen Proletariats. Die österreichischen Eisenbahner und die übrigen österreichischen Arbeiter wollen kämpfen. Sie wollen nicht kampflös sich zugrunde sanieren lassen. Mag der Einfluß der sozialpatriotischen Führer der Eisenbahner diesmal noch groß genug gewesen sein, um einen vollen Sieg der Arbeiter zu verhindern. Die unaussprechlichen Folgen des Verrates, der an ihnen jetzt verübt wurde, werden dafür sorgen, daß auch die österreichischen Eisenbahner ihre Führer durchschauen und richtig lernen. Und das ist die erste und wichtigste Voraussetzung eines vollen Sieges der Eisenbahner und der übrigen Arbeiter Oesterreichs und aller übrigen Länder.

Wir können den Wunsch nur unterzeichnen, daß die Arbeiter ihre Führer richtig kennen lernen, besonders solche, die ihnen in Reichenberg vom Verrat der Sozialdemokraten und von dem zusammengebrochenen Streik erzählten, während sie in Prag über den Sieg der österreichischen Arbeiter berichten. Wir nehmen nach dem „Vorwärts“ das Abendblatt des „Rude Bravo“ zur Hand und stammend lesen wir unter dem großen Titel

Erfolgreiche Beendigung des Streikes der Eisenbahner in Oesterreich.

Die Streikenden erkämpften sich durch die Einheitsfront gegen 100 Milliarden an Zulagen, wie folgt:

Die Streikenden forderten Teuerungszulagen für Oktober, November und Dezember des heurigen Jahres und eine Regelung der Bezüge für das Jahr 1925 auf der Grundlage von 16 Märzbezügen. Außerdem wurden ausreichende Zulagen für die Pensionisten gefordert. Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen lehnte ganz entschieden jedwede neue Regelung der Bezüge für das nächste Jahr ab und diese Ablehnung rief den Streik hervor.

Der Kampf der Eisenbahner wurde liquidiert, als den Streikenden sowohl die Zulagen für Oktober, November und Dezember des heurigen Jahres als auch die Zulagen für das kommende Jahr auf der Grundlage von 18 Märzbezügen garantiert wurden. Wegen die ursprüngliche Forderung der Eisenbahner (16 Märzbezüge) bedeutet das eine Erfüllung von 80 bis 90 Prozent ihrer Forderungen. Die Pensionisten erzielten die vollständige Erfüllung ihrer Forderungen. Durch die Erhöhung der Eisenbahnerlöhne wird das Budget mit 100 Milliarden österreichischen Kronen belastet.

Der gestohlene Körper.

3 Novelle von H. G. Wells.

Dies war ein neues Rätsel für Mr. Vincy. Er hatte einen Tost empfunden in Mr. Cart's Heberzeugung, daß Bessel wohl von der Polizei bald angehalten werden müsse. Aber jede neue Entdeckung schien bestimmt, neue Unmöglichkeit der Reihe der alten hinzuzufügen. Vincy überlegte jetzt schon selbst, ob ihm sein Gedächtnis nicht einen schlechten Streich gespielt habe, ob alle diese Dinge sich denn wirklich zugetragen haben konnten. Am Nachmittag eilte er wieder zu Mr. Cart, um bei ihm Befreiung von seinen qualenden Gedanken zu finden. Er fand Mr. Cart zusammen mit einem ausgezehrten Privatdetektiv, aber da dieser kein Licht in die Sache brachte, ist es möglich, ausführlicher über seine Bemühungen zu berichten.

Diesen ganzen Tag entging Mr. Bessels Aufmerksamkeit den unausgesprochenen Nachforschungen der B. über die folgende Nacht. Und den ganzen Tag hatte Mr. Vincy das Gefühl, sein Freund verurteilt seine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Während der Nacht verfolgte ihn das tränenreiche Antlitz Mr. Bessels in seinen Träumen. Und wann immer er Mr. Bessel im Traum erblickte, sah er auch eine Anzahl verschwonnenen, boshaft leuchtender Gestalten, die Mr. Bessel zu verfolgen schienen.

Am folgenden Tage, einem Sonntag, erinnerte sich Mr. Vincy einiger seltsamer Berichte über Mrs. Bullod, ein Medium, das damals zum

ersten Male in London von sich reden machte. Er beschloß, sich an sie zu wenden. Sie wohnte in dem Hause des bekannten Korsetts Dr. Wilson Bagel, und so begab sich Mr. Vincy, obwohl er den Mann vorher niemals gesprochen hatte, unverzüglich zu ihm, um den Herrn um seine Hilfe zu bitten. Kaum hatte er aber den Namen Mr. Bessels erwähnt, als Dr. Bagel ihn unterbrach: „Gestern abend“, sagte er, „bereits am Ende unserer Sance, hatten wir eine Verbindung mit ihm.“

Er verließ das Zimmer und kam mit einer Tafel zurück, auf der einige Worte verzeichnet waren, zwar mit zitteriger Schrift — aber unerkennbar von Mr. Bessels eigener Hand.

„Wie kamen Sie dazu?“ rief Mr. Vincy.

„Glauben Sie...?“

„Wir belauschten es gestern abends“, sagte Dr. Bagel. Oftmals von Mr. Vincy unterbrochen, erklärte er, wie er zu der Schrift gekommen war: In den Sancen wird Mrs. Bullod in einen Trancezustand verlegt; ihre Augen quellen dann merkwürdig unter den Lidern hervor u. ihr Körper erhardt. Nun beginnt sie sehr rasch zu sprechen, aber nicht mit der ihr sonst eigenen Stimme. Gleichzeitig geraten eine oder beide ihrer Hände in Tätigkeit, und wenn Stifz und Tafel bereit liegen, so zeichnet sie die Briefstücken aus jener anderen Welt auf, ganz unabhängig von dem Fluß der Worte, die aus ihrem Munde kommen. Eine solche Vosschaft war es, die Mr. Vincy vor sich hatte, und zwar eine, die von ihrer linken Hand geschrieben war. Sie bestand aus acht Worten, die zusammenhanglos und flüchtig hingeworfen waren: „George Bessel... untersucht Grube... Baker-

Street... Hilfe... Verschmachten.“ Bis gestern hatten weder Dr. Bagel noch die beiden anderen Korsetts, die anwesend waren, von Mr. Bessels Verschwinden gehört — die Nachricht hievon erschien erst in den Abendblättern am Sonnabend und so hatten sie diese Vosschaft gleich vielen anderen von ebenso unbestimmter und rätselhafter Art, die Mrs. Bullod von Zeit zu Zeit zusammen, bei Seite gelassen.

Als Dr. Bagel die Erzählung Mr. Vincens hörte, begab er sich sofort mit großem Eifer an die Verfolgung dieser Spur zur Entdeckung Mr. Bessels.

Bessel wurde auf dem Boden eines abseits gelegenen Zimmers gefunden, der bei Beginn der Arbeiten für die neu errichtete elektrische Bahn bei Baker-Street verlassen worden war. Er hatte einen Arm, ein Bein und zwei Rippen gebrochen. Der Schacht, in dem er lag, wird von einem nahezu zwanzig Fuß hohen Bretterzaun geschützt, und über diesen, so unglaublich dies auch klingt, mußte Mr. Bessel — ein starker Mann in mittleren Jahren — geklettert sein, um in die Grube fallen zu können. Er lag da in einer Lage von Narkose, aber sein Bewußtsein war von ihm gewichen. Natürlich war er furchtbar schwach und beim Anblick seiner Retter brach er in hysterisches Weinen aus.

Mit Rücksicht auf den bellagenden Zustand seiner Wohnung wurde er in das Haus des Dr. Cartton in der oberen Baker-Street gebracht und hier einer schonenden Behandlung unterzogen. Alles, was an die Krise, die er durchgemacht hatte, erinnern konnte, wurde sorgfältig aus dem

Wege geräumt. Aber am zweiten Tage erstattete Bessel ungesragt einen Bericht.

Seit diesem Tage hat Mr. Bessel seinen Bericht mehrmals wiederholt — unter anderem auch mit gegenüber — wobei er manchmal Einzelheiten anderte, wie dies der Erzähler von wirklich Erlebtem stets tut, ohne sich aber je in wesentlichen Dingen zu widersprechen. Der Bericht, den er gab, war folgender:

Um ihn genau zu verstehen, ist es notwendig, auf die mit Mr. Vincy vor jenem Anfall unternommenen Versuche zurückzugreifen. Mr. Bessels erste Experimente der Projektion seines Ich waren, wie der Leser sich wohl erinnern wird, erfolglos. In ihnen allen konzentrierte er sein ganzes Wollen darauf, aus der leiblichen Hülle herauszutreten — „indem ich mit aller Kraft meinen Willen hierauf richtete“, sagte er. Schließlich kam der Erfolg, beinahe gegen seine Erwartung. Und Mr. Bessel versicherte, daß er dank einer Willensanstrengung tatsächlich lebend seinen Körper verließ, und in einem Raum oder Zustand jenseits unserer Welt gelangte.

Die Befreiung kam, behauptete er, ganz plötzlich. „Ich sah in meinem Sehnhühl mit fest geschlossenen Augen, die Hand auf die Lehne des Stuhles gefühlt und bemühte mich nach Kräften meine Gedanken auf Vincy zu konzentrieren; und dann auf einmal erblickte ich mich außerhalb meines Körpers, sah meinen Körper in meiner Nähe, aber er enthielt mich ganz gewiß nicht. Meine Hände waren schlaff, und der Kopf auf die Brust gesunken.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Erfolg, den die streifenden Eisenbahner in Oesterreich erreichten, ist ein Sieg der Einheitsfrontparole, welche die Kommunisten propagierten und welche bei allen Eisenbahnangestellten einen solchen Widerhall und ein solches Verständnis fand, daß die österreichische Sozialdemokratie diese Parole sich zu eigen machen mußte, um sich die Führung des Streikes nicht aus den Händen winden zu lassen.

Wenn man von der kleinen Demagogie absieht, daß die Einheitsfrontparole von den Kommunisten ausgegeben worden sei, ist der Bericht des „Rude Pravo“ ein ehrliches Eingeständnis des sozialdemokratischen Erfolges. Das Bruderblatt des „Vorwärts“ urteilt mit seinem Bericht der Verwegenheit und gewissenlose Demagogie der Reichsberger Volksrevolutionäre am besten ab.

Inland.

Der 1. Mai und das Eisenbahnministerium.

Die Verwaltungen der städtischen elektrischen Straßenbahnen haben ihren Arbeitern und Angestellten nachfolgenden Erlaß des Eisenbahnministeriums vorgelegt:

„Eisenbahnministerium der Tschechoslowakischen Republik.
Zahl: 57.707-VI/5.
Betriebsbeschränkung am 1. Mai 1924.

Allen elektrischen Straßenbahnen!

Am 1. Mai l. J. wurde auf einem großen Teil der elektrischen Straßenbahnen der Betrieb entweder ganz eingestellt oder teilweise beschränkt, wodurch etwa 500.000 Personen die Benützung des billigen und eingelebten Verkehrsmittels unmöglich gemacht wurde und die Verwaltung dieser Bahnen wurde um zirka 500.000 K geschädigt.

Nicht den Schaden der Volkswirtschaft berücksichtigend, welcher hiermit entsteht und zum Schaden des Publikums, widerspricht diese Einstellung des Betriebes auch den Konzessionsbedingungen.

Laut den Konzessionsbedingungen sind die Konzessionäre verpflichtet, um den ununterbrochenen Betrieb zu sorgen und widerspricht daher den Konzessionsbedingungen, wenn die Bahnverwaltung beschließt, daß an einem bestimmten Tage der Betrieb eingestellt werden soll oder wenn sie duldet, daß der Betrieb ob schon ganz oder nur teilweise eingestellt werde.

Das Eisenbahnministerium konnte zwar gegen die Direktion und die Mitglieder der Unternehmungen die Bestimmung des § 85 der Eisenbahnbetriebsordnung benützen, hofft aber, daß sie sich schon im Interesse eines glatten Verlaufes der Manifestation an diesem Nationalfeiertage bemühen werden, daß der Betrieb voll erhalten bleibe, vielleicht mit der einzigen Ausnahme einer kurzen Unterbrechung während der Manifestationszeit.

Für das Eisenbahnministerium:
Unterschrift unleserlich.“

Mit diesem angebl. vom Eisenbahnministerium stammenden Erlasse sollen die Unternehmungen gezwungen werden, den Arbeitern die bisher durch Arbeitsruhe gewürdigte Maiseier zu nehmen. Dieser Erlaß steht in solchem Widerspruch mit dem Geiste des Gesetzes, welches die Maiseier anordnet, daß die Abgeordneten Erlaß zum Gegenstand einer Interpellation im Abgeordnetenhause nahmen und den Eisenbahnminister fragen:

Hat das Eisenbahnministerium tatsächlich den hier zitierten Erlaß herausgegeben?

Wenn dies der Fall ist, womit begründet der Herr Minister diesen Erlaß?

Vom Feldwebel Hajda zum General Gajda.

Wir haben gestern die Ernennung des General Gajda zum Vertreter des Chefs des Generalstabes gesehelt. General Gajda galt als Schutzapostel des Faschismus zu einer Zeit, da es noch ein „Narodni hnutí“ gab. Nach dem Verfall dieser Vereinigung wendete sich Gajda wieder vom Faschismus ab. Selbst die „Keritka“, „Lidove Visty“ bezweifelten die Eignung Gajdas zur Ausfüllung seines neuen Postens. Sie sagen, daß diese Ernennung der Armee nicht von Vorteil sein wird. Seine Vorzüge seien nicht etwa in militärischen Fähigkeiten, sondern vielmehr in seiner grenzenlosen Energie zu suchen, die ihn im Alter von 32 Jahren in die vierte Rangklasse brachte. Die Ergebnisse der Tätigkeit Gajdas in Relation seien bei den letzten Manövern sehr kläglich in Erscheinung getreten, auch von politischer und gesellschaftlicher Seite müßten Einwendungen gegen Gajdas Ernennung erhoben werden.

Es ist bemerkenswert, daß das Keritka Blatt gegen Gajda Sturm wagt. Wir möchten nur daran erinnern, daß Gajda bei den Koschauer Gemeindevahlen eine militaristische Liste aufstellte und die ihm untergebenen Soldaten durch alle möglichen Mittel zur Wahl dieser Liste zwingen wollte. Bekannt ist auch Gajdas Auftreten auf dem Breghburger Legionärkongreß, wo er sich mit aller Schärfe gegen die sozialistische Führung der Legionäre wandte.

Von Inveresse sind schließlich noch die Mitteilungen des „Rude Pravo“, aus denen ersichtlich ist, daß General Gajda zu Beginn des Krieges u. t. Feldwebel in Jglau gewesen ist. In Kampfesangenschaft geraten, trat er in die Legionen ein und wurde General. Er unterführte

Udržal, der „beunruhigte Pazifist“.

Ein Klagegedicht des Nationalverteidigungsministers im Budgetsprachlaale der Koalition.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses wurde das Budget in Abwesenheit der Opposition angenommen. Der letzte Tag der Beratungen war mit der Debatte über die „Nationale Verteidigung“ ausgefüllt.

Nationalverteidigungsminister Udržal sagte, daß das Interesse für das Budget des Ministeriums heuer ein viel lebhafteres war als in den Vorjahren. Es ist dies als Folge der drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse und der durch sie hervorgerufenen Tendenz nach einer Herabsetzung aller Staatsausgaben eingetreten.

Der Minister verleugnet sich nicht, daß „die Notwendigkeit einer gut organisierten, zweckmäßig ausgerüsteten und geführten Armee unterschätzt werde.“

Man hat noch zu wenig Geld dem Militarismus geopfert!

Die für die Nationalverteidigung bestimmten Beträge waren bisher verhältnismäßig niedrig (!). Sie bewegten sich zwischen 15.5 Prozent im Jahre 1920 bis auf 11.5 Prozent im Jahre 1924. An der Gesamtsumme des Staatsbudgets für das Jahr 1925 partizipiert das Nationalverteidigungsministerium „scheinbar“ mit 13.96 Prozent. Daß das Budget unserer Armee mit Rücksicht auf ihre Neuaufstellung nie ein übermäßiges war, beweise ein Blick auf die Nachbarstaaten.

Rein „Fortschritt“.

Die durchgeführte Reduktion stellt die nationale Verteidigung in eine sehr schwierige Situation, „stört“ die minimale und unerlässliche Forderung des Ausrüstungsprogramms, welches damit wiederum auf eine lange Reihe von Jahren verlängert wird. Bereits das Budget von 1924 wurde derart herabgesetzt, daß es nicht möglich war, einen „größeren Fortschritt zu erzielen“, besonders was die Ausrüstung anlangt. „Daher ist der mir zur Verfügung gestellte Betrag für die Armee für das künftige Jahr beunruhigend“, meinte der Minister.

Ich bin durch meine Gesinnung Pazifist und habe dies in meinem ganzen Leben bewiesen. Die Reduktion bedroht aber die Sicherheit des Staates.

Die Wehrreformpläne.

Keine Aenderung des bisherigen Wehrsystems — meint der Minister — darf die Sicherheit des Staates irgendwie gefährden. Durch Herabsetzung der Mannschafszahl und durch eine Verkürzung der Präsenzdienstzeit kann eine radikale Verminderung der Heeresausgaben nicht herbeigeführt werden. Man muß doch erwägen, daß jede Verkürzung der Präsenzdienstzeit eine Erhöhung der Redres herbeiführt, wodurch die Aufgaben ver-

größert werden. Wenn wir den Preisstand herabschätzen, müßten wir eine größere Zahl von Reservisten einberufen, um die Abgänge zu decken und die Bereitschaft der Friedensarmee zu sichern. Dadurch steigt aber auch die Ausgaben. Schließlich müßte bei Herabsetzung des Friedensstandes und bei Verkürzung der Präsenzdienstzeit dennoch immer die nötige Ausrüstung beschafft werden. Nicht einmal eine Milizarmee ist ohne Instruktionen und Ausrüstung denkbar. Uebrigens machen die Ausgaben für die Mannschaft einen verhältnismäßig kleinen Teil des Budgets aus, rund ein Viertel (450 Millionen).

Der Zeitvertreib der Militärgeographen.

Bemerkenswerte Erfolge hat unser Militärgeographisches Institut erzielt. Seine hauptsächlichste Aufgabe besteht in dem Erfas der Karten des ehemaligen österreichisch-ungarischen Institutes durch neue Karten mit der richtigen Namensbezeichnung (!). Bis Ende des Jahres werden alle Blätter der Generalkarte herauskommen. Vorbereitende Studien für eine neue Karte im Verhältnis von 1 : 50.000, sowie für eine Fliegerkarte im Verhältnis von 1 : 200.000 sind im Gange (!).

Die Tuberkulose im Heere steigt.

Die Folgen der physischen Entbehrungen, der Unterernährung und in einem gewissen Maße auch des schweren Dienstes haben ungünstige Wirkungen auf den Gesundheitszustand der Soldaten. Besonders die Zahl der Tuberkulosefälle steigt. Dagegen sei der Gesundheitszustand der Mannschaft befriedigend.

Kulturelles.

Wir führen einen großen Kampf gegen den Analphabetismus und in nicht ganz drei Jahren haben wir in besonderen Kursen 6567 Analphabeten der verschiedensten Nationen lesen und schreiben gelehrt. Die Zahl der Bibliotheken stieg auf 394, die Zahl der Bücher in den verschiedensten Sprachen auf 283.799. Man liest fleißig. In den Militärabteilungen werden Lesezimmer, Bibliotheken, Kinematographen, Theater u. a. errichtet, deren Zweck ist, den Spirituosausschank aus den Kasernen zu verdrängen. Wie in den früheren Jahren, wurden auch Feuer für die Soldaten nachhilfe in der Landwirtschaft, in gewerblichen, Handwerks- und in Handelsfächern abgehalten, insgesamt 335, welche von 10.759 Hörern besucht waren. Ebenso wird für die körperliche Erziehung gesorgt. Im nächsten Jahre werden Armeewettspiele und auch internationale Armeewettbewerbe veranstaltet werden.

Der Minister ging zur Beantwortung der an ihn gestellten Detailfragen über.

„Unsere Manöver sind ein Theater unter freiem Himmel“.

Die Worte eines tschechischen Nationalsozialisten. — Für die Beseitigung der französischen Militärmission. — Gegen die Militärgerichte. — Die Nationaldemokraten gegen das Soldatenwahlrecht.

Der Tschechischlerikale Roudnichy erklärte, daß der Bedarf des Ministeriums für nationale Verteidigung noch immer ungewöhnlich hoch sei. Er würde wünschen, daß die Reduzierung des Heeresbudgets noch größer wäre. Er fordert eine Präsenzdienstzeit von 14 Monaten, die Beseitigung der französischen Militärmission und schließlich eine exemplarische Bestrafung des Generals Petřík, weil dieser offen zum Abfall von der katholischen Kirche aufgefördert hätte.

Der tschechische Sozialdemokrat Stivin sagt, daß in allen Staaten starke Bestrebungen nach Verringerung der Militärausgaben bestehen. Er anerkennt die Bemühungen Udržals, der Korruption in der Armee entgegen zu treten. Redner fordert die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, weil der Staat nicht genügend Richter für den Zivildienst hat, während bei den Militärgerichten ein großer Mangel an Agenda herrscht. Hauptsächlich handelt es sich

aber auch darum, bei uns das zweifache Justizwesen zu beseitigen, weil dies zu juristischen Exzessen führt, wie der Benzin- und der Auspähungsprozeß bewies.

Der tschechische Nationalsozialist Ironbrandty macht auf den Wehrreformantrag Kofas aufmerksam. Er anerkennt die Verdienste der französischen Offiziere, er nicht dagegen, daß sie weiter bei uns als Berater bleiben, meint aber, daß unsere Offiziere Gelegenheit haben sollen, ihre Fähigkeiten in allen Stellen der Armee zur Geltung zu bringen. Unsere Manöver sind ein Theater unter freiem Himmel und es ist überflüssig, daß jede Division ihre eigenen Manöver hat.

Der tschechische Nationaldemokrat Hajn meint, daß mit der Abrüstung die großen Staaten beginnen müßten. Unsere Wehrfähigkeit bestimme auch unseren Wert als Alliierten. Die Armee muß national sein. Redner fordert weiters die

auch den Kampf Volkshats, dem er seine Tochter zur Frau gegeben haben soll.

Es wird weiter konfiskiert! Vor einigen Tagen wurde unser Troppauer Parteiblatt, die „Volkspresse“ konfisziert, gestern verfiel der Karlsbader „Volkswille“ der Beschlagnahme. Gleich an zwei Stellen wies diese Nummer unseres Karlsbader Parteiorgans große weiße Flecke auf: Nicht einmal die Bepreisung des Budgets ist mehr vor dem Stifte des Zensors sicher. Das ist ein Skandal, der in „demokratischen“ Ländern wohl kaum feinsgleichen hat. Eine engstirnige Zensur schreibt den Arbeitern und ihren Organen vor, worüber sie öffentlich diskutieren dürfen und worüber nicht. Glauben diese niedrigen Hüter der „Ordnung“ wirklich, daß sie, die kommandierten Bürokraten, nach Belieben schalten und walten können? Wenn ja, so werden wir sie eines Besseren belehren.

Für die Verlängerung der Frist zum Bezuge der Kriegsbeschädigtenrenten. Eine große Anzahl von Personen, welche nach dem Gesetze Anspruch auf Kriegsbeschädigtenbezüge hätten, haben ihren Anspruch in der gesetzlichen Frist nicht angemeldet. Es handelt sich gemeinhin um Vorkrieger, Witwen und Nachkommen, also teils um alte, völlig hilflose, teils um junge, unerfahrene Menschen, die infolge Unkenntnis und weil sie den Invalidenorganisationen nicht angehören, ihren Anspruch nicht rechtzeitig geltend gemacht haben. Das Elend dieser Menschen schreit nach Abhilfe. Auch würde ihre Einbeziehung in das Gesetz bei den letzten Renten den Staatshaushalt in kaum fühlbarer Weise belasten. Die Bedeutung ist durch eine geringfügige Kürzung der Ausgaben für das Militär leicht zu schaffen. Ein dahinzielender Antrag der Genossen Blatny, Pohl, Kirpal und Heeger wurde dem Abgeordnetenhause vorgelegt.

Beseitigung des Wahlrechts der Soldaten, das die Disziplin der Armee bedrohe.

Der tschechische Sozialdemokrat Remeš hält die Ziffer des Militärbudgets für zu hoch, da sie das Maß der Tragfähigkeit übersteige. Unsere Armeeausgaben müssen so herabgesetzt werden, daß das Wirtschaftslieben des Staates sich normal entwickeln kann. Unsere Armee hat viele Eigenschaften an sich, die schon der österreichischen Armee zum Vorwurf gemacht wurden.

Der tschechische Sozialdemokrat Remeš protestiert gegen die Angriffe auf General Petřík, sagt, daß die Armeemanöver keinen praktischen Sinn hätten und viel Geld kosten. Er fordert die vollständige Beseitigung des französischen Einflusses in der Armee.

Ausland.

Die Geldquellen der Völkischen verziegen. Der „Soz. Professedienst“ schreibt: Der moralischen Pleite der Völkischen folgt jetzt der finanzielle Bankrott. Es ist bereits soweit, daß Herr Wulle i. D. nicht einmal mehr in der Lage war, 1200 Mark für Telefonspesen aufzubringen. Die telefonische Verbindung mit dem Zentralbureau der völkischen Bewegung in Berlin ist deshalb gesperrt worden, und da auch das nicht geholfen hat, steht eine Pfändung des verantwortlichen Bureau-Sekretärs der Völkischen bevor. Alles das sind nicht etwa Erfindungen, sondern Angaben, die Herr Wulle selbst in einem Brief an zahlungsfähige Großkaufleute gemacht hat. Er sagt darüber hinaus, daß die völkische Pleite nicht einmal mehr die kleinste Aktion ermöglicht und erucht deshalb um einen größeren d. h. kleineren Pump, der bis zum 31. Dezember d. J. belassen werden soll. Ähnlich soll es übrigens den Vaterländischen Verbänden ergehen, die ebenfalls in aller Welt herumpannen und sich trotz ihres gepachteten „Nationalbewußtseins“ nicht einmal schämen, in der Schweiz um Geld zu werben. Es ist vorläufig noch verfrüht, darauf näher einzugehen, aber sicher ist, daß die vaterländische Bewegung noch vor den Reichstagswahlen eine besondere Freude erleben wird. Für heute wollen wir nur soviel sagen, daß sich die vaterländische Bewegung auf ausländische Mittel aufbauet und noben ihr aus der gleichen Quelle auch Herr Ludendorff und seine Strategie im Münchener Bürgerbraueller bezahlt worden ist. Die Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung durch das Ausland war bisher überhaupt nur ein offenes Geheimnis, ohne daß bisher aber positive Beweise für die allgemeine Annahme erbracht werden konnten. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß sich dieser Zustand schon in den nächsten Wochen ändert und unserem Volke endlich gezeigt werden kann, wie die „nationale Bewegung“ in Deutschland international finanziert wird.

Beim badischen Kommunistenprozeß in Freiburg, der Donnerstag begann, sind 39 Angeklagte und 120 Zeugen vor das Forum des Gerichtes geladen, so daß man mit einer mehrwöchigen Dauer des Prozesses rechnen müsse. Am ersten Tage wurde mit der Vernehmung der Zeugen, vornehmlich der Kommunisten, begonnen.

Der Sozialismus in Bulgarien. Die bulgarische sozialdemokratische Partei hat am 26., 27. und 28. Oktober d. J. in Sofia ihren ordentlichen 27. Parteitag abgehalten. Bei ihrem großen Andrang von Delegierten und Gästen wurde der Parteitag mit einer Rede des alten Führers der bulgarischen Sozialisten, des Genossen Janko Sakasoff, eröffnet. Die Stellung der Partei zu der Regierung Jankoffs besprechend, sagte er unter anderem: Die Regierung will das Staatsgebilde auf alter Basis halten; sie stützt ihre öffentliche Macht auf Elemente, welche Träger des Konterrevolutionärs in unserem Leben sind und deshalb können wir die Unterstützung der Regierung ablehnen. Nach der Rede Sakasoffs und der Wahl der Kongreßkomitees und Kommissionen hörte der Kongreß den Bericht des Parteisekretärs, dem wir folgenden entnehmen: Die Partei besteht aus 1164 Organisationen und Gruppen mit 28.761 ordentlichen Mitgliedern gegen 854 Organisationen und Gruppen mit 26.652 Mitgliedern im vorigen Jahre. Im Laufe der Berichtsperiode (Jänner-Oktober 1924) hat die Partei eine große Reihe von Organisations- und öffentlichen Versammlungen, Vorträgen, Festvorstellungen, Volksfesten und Wählerversammlungen veranstaltet. Die Partei hat sich im Laufe dieses Jahres an den Kreis- und Gemeindevahlen aktiv beteiligt. In den Wahlen für die Kreisräte, die in zehn Kreisen (Bulgarien hat 15 Departements) vorgenommen wurden, haben die Sozialdemokraten 55.000 Stimmen bekommen und 17 von ihren Kandidaten sind gewählt worden. Zu der Partei gehören der Bauernsozialistische Bund mit 800 Gruppen und 21.000 Mitgliedern, der Jugendlige Sozialistische Bund mit 43 Organisationen und 2000 Mitgliedern, der Frauenverband mit 1200 Mitgliedern. Alle diese Organisationen haben ihre wöchentlichen und halbmönatlichen Presseorgane. Die Parteipresse hat sich im Laufe des Berichtsjahres normal entwickelt. Die Partei hat ein offizielles tägliches Blatt „Narod“, welches in Sofia erscheint und vier Wochenblätter in der Provinz. Sie gibt auch monatlich die wissenschaftliche Zeitschrift „Obstestvena Mislal“ heraus. Nach den Berichten von Sr. Bastouchoff über die innere politische Lage und die Aufgaben der Partei, sowie die von Janko Sakasoff über die internationale Lage hat der Kongreß eine Resolution angenommen, die eine scharfe Kritik der Politik der Regierung Jankoff bedeutet.

Der Bericht der Gewerbeinspektion.

Notwendigkeit härterer Mitarbeit von Betriebsausschüssen und Gewerkschaften. — Die Arbeitsräume. — 36.975 Unfälle im Jahre 1923. — Die Arbeitszeit. — Wohnungsverhältnisse.

Jedesmal, wenn der Zentralgewerbeinspektor seinen zusammenfassenden Bericht vorlegt, hat man das Gefühl, als wenn hier eine Institution, die seitwärtig einen gewaltigen Fortschritt darstellte, jetzt auf dem Wege zu geraden scheint, die schließlich doch in eine Sackgasse münden müssen. Es zeigt sich immer mehr, daß die gesetzlichen Bestimmungen ungenügend sind, daß vor allen Dingen die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren auch auf jene Branchen ausgedehnt werden muß, die jetzt noch von ihr ausgeschlossen sind und daß die Zahl der Beamten viel zu klein ist. Wurden doch auf dem Gebiete der Republik nur etwas mehr als ein Viertel von den der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben und von den Fabriksbetrieben nur etwa zwei Drittel beaufsichtigt. Von besonderer Bedeutung und heutzutage direkt unerlässlich ist die Ausgestaltung der Selbstverwaltung in der Gewerbeinspektion. Die Beranzigung der Betriebsausschüsse zu den kommissionellen Begehungen durch die Inspektionsbeamten ist nur ein vorbeugender Anlauf und alle berichtenden Inspektoren sollen dieser Tätigkeit der Betriebsausschüsse volle Anerkennung. Darin darf sich aber die Selbstverwaltung nicht erschöpfen, es müssen auch die gewerkschaftlichen Organisationen zur Arbeit herangezogen und ihnen eine weitgehende Kompetenz eingeräumt werden. Dann ist auch eine neue Bedeutung der Gewerbeinspektion mit Sicherheit zu erwarten, wenn auch durchaus kein abschließendes Urteil über die bisherige Tätigkeit der Beamten gefällt werden kann.

Im Gegenteil: die freimütige Darstellung des Berichtes muß durchaus anerkannt werden. Ohne Beschönigung gibt der Bericht zu, daß die Beamten in dieser oder jener Hinsicht ihren Willen nicht voll durchsetzen konnten oder nicht wollten, weil sie glauben, daß Rücksichtnahme geboten sei. Der finanzielle Zustand der Unternehmungen habe manche Schutzmaßnahmen nicht auskommen lassen und sei häufig genug die Ursache von Verletzungen gefährlicher Schutzbestimmungen gewesen. Das Kleingewerbe, besonders im Osten der Republik, zeigt wenig guten Willen, die notwendigen hygienischen und Arbeiterschutzmaßnahmen zu treffen, denn manchmal weiß der Kleingewerbetreibende selbst nicht, was ihm das Gesetz vorschreibt, und noch häufiger will er solche Maßnahmen nicht treffen, weil das Geld kostet. Dazu kommt noch, daß die Arbeiterschaft im Kleingewerbe das nötige Selbstbewußtsein nicht immer aufbringt. So kehren denn auch heuer die alten Klagen über Uebelstände im Berichte wieder: Arbeitsräume, so niedrig, daß die Arbeiter gerade noch aufrecht stehen können, schmutzige, mit Gasen und Staub angefüllte Werkstätten ohne Abzugvorrichtungen — so z. B. auch in der Karlsbader Porzellanindustrie, die doch gewiß das Geld für solche Einrichtungen verdient — dann hausfällige Decken und Fußböden, schmale Stiegenhäuser und viel zu wenig Treppen, so daß bei Feuergefahr Katastrophen geschehen müssen, dann überfüllte Werkstätten, so namentlich noch immer im Bekleidungs- und Textilgewerbe. In zwei großen Schneiderunternehmungen im Strauer Aufsichtsbezirk waren in den Werkstätten soviel Arbeiter beschäftigt, daß auf jeden weniger als vier Kubikmeter Luft entfielen, und dabei wurde in diesen Räumen noch geheizt! Aber der Bericht führt nicht nur solche Mängel an, die das Arbeiterleben und die Arbeitergesundheit langsam herunterbringen. Es gibt noch immer Uebelstände, die mit einem Schlage das Arbeiterleben vernichten können: Unzulässige Einlagerung von Explosivstoffen (das wird von einem vollen Viertel der Aufsichtsbereiche berichtet!), besonders in den Ziegeleien und Steinbrüchen, eiserne Ofen zum Heizen in Räumen, wo Zellulose verarbeitet wird, ungünstige Verhältnisse in den Filzwerkstätten, die auch noch gewöhnlich in Wohnhäusern untergebracht sind. Dann gibt es auch noch Aborte, die den Erdboden in ihrer Umgebung verunreinigen (Bilsker Aufsichtsbezirk), oder keine Türen haben und für beide Geschlechter zusammen bestimmt sind (Aufsichtsbezirk Teplitz) und als ein unglücklicher Mißstand wird ein Fall aus dem Aufsichtsbereich Banška Bystrica angeführt, wo die Abflüsse des im ersten Stock gelegenen Abortes den Leuten im Parterre direkt auf den Kopf liefen. Die trockenen berichtsmäßigen Worte über solche Zustände klingen wie eine leidenschaftliche Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung. Noch härter wirken aber die Ziffern über die Unfälle, die ja bekanntlich nicht alle zur Kenntnis der Gewerbeinspektoren gelangen! 36.975 Unfälle wurden den Gewerbeinspektoren angezeigt, davon 271 tödliche! Die Metallindustrie allein weist 41,3 Prozent aller dieser gemeldeten Unfälle auf. Der ersten Hilfe wird namentlich vom Kleingewerbe und auf ländlichen Bauten und Brücken fast kein Augenmerk gewidmet. Leider hat es der Bericht unterlassen, nähere Angaben über eine Firma zu machen, die den Arbeitern einfach mitteilte, daß sie künftighin keine Mittel für die erste Hilfe besorgen werde. Der Gewerbeinspektor wagt zwar die Firma zur Befolgung der gesetzlichen Vorschriften, die Firma gehorcht, aber sie wollte sich von der Krankenkasse die Ausgaben hierfür erlassen lassen und führte sogar erst bei Gericht und dann bei

der politischen Behörde einen Stritt, der bei Abschluss des Berichtes noch nicht erledigt war. Es kann daher nicht wundernehmen, wenn der Bericht zu dem Ergebnis kommt, daß der Gesundheitszustand der Arbeiterschaft sich auch im abgelaufenen Jahre nicht in dem Maße gebessert hat, daß er jetzt schon als befriedigend erklärt werden könnte. Das Bilsker Inspektorat berichtet von einer verhältnismäßig großen Sterblichkeit der Arbeiter in den Mannesjahren und einer bedeutenden Zahl von Erkrankungen und das Trautenauer Inspektorat bemerkt, daß das krankhafte Aussehen der Arbeiterschaft in der Lebensmittelindustrie offenbar die vernichtenden Wirkungen von Lungenerkrankungen aufzeigt. Dazu kommt in der Slowakei und in Karpatenrußland der Alkoholismus, dessen Verfallsform noch immer gewaltigen Schwierigkeiten begegnet, und in einzelnen Gebieten die Geschlechtskrankheiten, deren Zahl sich angeblich nach Aussage der praktischen Ärzte seit dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten verdreifacht hat.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit wurden häufig nicht eingehalten, und zwar sowohl die Bestimmungen über die Arbeitszeit als auch die betreffend die Einteilung der Arbeitsstunden und den Schichtenwechsel. Die Kontrolle der Länge der Arbeitszeit durch die Aufsichtsbereiche ist sehr schwer, wie es im Bericht heißt, denn es ist im Gesetz nicht der Termin festgesetzt, von welchem an die vierwöchentliche Periode zu rechnen ist, wenn die Arbeitszeit von 192 Stunden auf vier Wochen nach Belieben aufgeteilt werden kann.

Von besonderer Bedeutung ist das Urteil der Berichterstatter über die Betriebsausschüsse. Die Handelskammern haben bekanntlich erst kürzlich ein abschließendes Urteil über die Betriebsausschüsse abgegeben und diesen vorgehalten, daß ihre Tätigkeit hauptsächlich in Lohnbewegungen bestehe, was allerdings weder im Wesen des Betriebsausschusses noch im Zuge der Entwicklung dieser Institution liegt. Ganz anders lautet das Urteil der Gewerbeinspektoren. Sie erwähnen unzähligemale die hervorragende Mitwirkung der Betriebsausschüsse bei der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung und betonen deren hohes Verständnis und eifrige Mitarbeit in dieser Richtung. Allerdings sei die gesetzliche Ermächtigung, einen Betriebsausschuss zu errichten, noch nicht voll ausgenutzt worden, oft nur zu einem geringen Prozentsatz. Den Grund hierfür findet der Bericht in der Zerrissenheit der Arbeiterbewegung. Das trifft aber jedenfalls nicht den Kern der Sache. Die Hauptschwierigkeit liegt doch wohl in der schweren Handhabung des Gesetzes, das infolge seiner technischen Mängel für den Arbeiter nicht so leicht verständlich ist, wie die Bestimmungen eines Kollektivvertrages über die Vertrauensmänner. Es ist daher verständlich, daß die Arbeiter lieber ihre Vertrauensmänner aussuchen, trotzdem das Gesetz einen wirksamen Schutz der Betriebsausschüsse vorschreibt. Der Bericht führt auch die zahlreichen Hindernisse an, die den Betriebsausschüssen in den Weg gelegt werden: Industriekrise, Verfahrenheit der Arbeiterbewegung und schließlich auch die konservative Voreingenommenheit der Arbeitgeber, die sich aus Prinzip jedem sozialen Fortschritt entgegenstellen. Dort aber, wo die Arbeitgeber sozialen Erwerbsgruppen der Arbeiter günstig gegenüberstehen, wurden bedeutende Erfolge erzielt. Der Bericht betont, daß das günstige Urteil über die Institution der Betriebsausschüsse nicht nur von den Berichterstattern, sondern auch von manchen Industriellen geteilt wird, und daß die Bestrebungen der Arbeitgeberorganisationen gegenüber diesem Gesetz nicht genügend begründet gewesen seien. „Im ganzen, sagt der Bericht, haben die Betriebsausschüsse den Behörden durch ihre Kenntnis der lokalen Verhältnisse wertvolle Dienste bei Lösung der verschiedenen Fragen und Streitigkeiten geleistet.“ Es ist jedenfalls zum guten Teil auf die Tätigkeit der Betriebsausschüsse zurückzuführen, wenn die sonstigen rechtlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft im Berichtsjahre trotz der Industriekrise im allgemeinen eine Verbesserung erfahren haben. Die Abschaffung der Arbeitsbücher hat sich noch nicht allgemein, namentlich bei den älteren Arbeitern eingelebt und die Benützung der Bürgerlegitimationen ist verhältnismäßig selten. Die Führung der Arbeiterverzeichnisse ist besonders im Kleingewerbe noch mangelhaft. Das Bestreben der Arbeitgeber, die Kündigungsfrist herabzusetzen oder ganz auszuschließen, hat unermindert angehalten und die zahlreichen dadurch hervorgerufenen Streitigkeiten gaben den Gewerbeinspektoren Gelegenheit zu Interventionen und Verhandlungen. Gut gehalten hat sich der Urlaub, er wurde in der Zeit von zwei bis vierzehn Tagen erreicht und zwar gewöhnlich im Sommer. Bestrebungen nach Kürzung oder Abschaffung des Urlaubs waren nur vereinzelt zu bemerken.

Ebenfalls unverändert waren im großen ganzen die Verhältnisse in der Heimindustrie, das heißt: wenn auch nicht überall ungünstig, so doch in einzelnen Fällen verhältnismäßig schlecht, daß das von der äußersten Not dieser Arbeiterschaft zeugt. In der Slowakei ist die Heimarbeiterschaft den Inspektionsorganen gegenüber

mißtrauisch, sie gibt falsche Auskünfte und oft wurden die Inspektoren gar nicht in die Behausung der Heimarbeiter eingelassen. Die allgemeine Krise zeigte sich in dieser Industrie nicht nur im Mangel von Aufträgen, sondern auch in einer Herabsetzung der ohnehin elenden Löhne. Es ist von großem Wert, daß der Bericht neben den mangelhaften Einrichtungen auch Anlagen erwähnt, die vom Standpunkt der Hygiene und der Technik einwandfrei oder sogar musterhaft zu nennen sind. Es ist das wahrlich nicht immer der gute Wille der Arbeitgeber gewesen, der das geschaffene hat, sondern es war das fortwährende Drängen der Arbeiterschaft, die sich diese Erfolge zu verschaffen wußte. Ebenso ist es mit gewissen Fürsorgeeinrichtungen, wie Beschaffung von Arbeitskleidung, billige Lebensmittelversorgung, Küchen, besondere Zulagen und manches andere.

Ziemlich eingehend berichten die Gewerbeinspektoren auch über die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit. Hier bringt der Bericht allerdings nichts Neues und hat eigentlich nur historischen Wert. Gegenüber 1922 ist eine deutliche Besserung zu bemerken, die den Gewerbeinspektoren auch in ihrer Tätigkeit eine merkliche Erleichterung gebracht hat. Denn diese greifen gewöhnlich bei Betriebsstörungen zu Gunsten der Arbeiterschaft ein und erreichen auch häufig, daß die Produktion fortgesetzt wurde. Der Bericht führt hierfür eine Reihe von Beispielen an. Die Durchführung von Notstandsbauten wurde durch den Geldmangel stark gebremst. Die Arbeitslosenunterstützung wurde von vielen Arbeitgebern direkt ausgezahlt, dafür erhielten sie vom Staat eine bestimmte Quote ersetzt (Refundierung). Da von den Agrariern immer wieder behauptet wird, daß die Arbeitslosenunterstützung zu Mißbräuchen seitens der Arbeiter geführt habe, sollte man annehmen, daß auch die Gewerbeinspektoren etwas davon wissen. So aber sagt der Bericht, daß es fast unmöglich gemacht ist, daß eine Person, die keinen Anspruch habe, die Unterstützung beziehe, so daß sich nur vereinzelt ein Mißbrauch zeigt.

Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsvermittlungsanstalten hat sich merklich gebessert, trotzdem die Arbeitgeber noch sehr häufig die freien Stellen nicht anzeigen. Auch scult legen die Arbeitgeber diesen Anstalten noch Hindernisse in den Weg, indem sie zum Beispiel namentlich genannte jüngere Arbeiter verlangen, und die älteren qualifizierten Arbeiter mit Familie übergehen. Die Ausweise der Arbeitsvermittlungsanstalten sind für die Gewerbeinspektoren auch wertvolle Befehle bei der Beurteilung der Frage, ob Überstunden bewilligt werden sollen. Der Bericht behauptet es sehr, daß zum Beispiel dem Karlsbader Gewerbeinspektor die Zusendung dieser Ausweise von der dortigen Arbeitsvermittlung verweigert wurde. Mit gutem Erfolg haben sich auch die gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsanstalten bewährt. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft war noch verschieden, in einigen Gebieten dürfte nach der Meinung des Berichtes — ein Vergleich mit den Friedensverhältnissen ist nicht möglich, weil derartige Angaben damals nicht gemacht wurden — noch nicht die volle Leistungsfähigkeit erreicht sein, im ganzen aber ist sie gewiß über das Friedensausmaß hinaus gestiegen. Der Widerstand der Arbeiter gegen die Akkordarbeit hat im Berichtsjahre nachgelassen und häufig wird von der Arbeiterschaft gern im Akkord gearbeitet, um mehr zu verdienen, was natürlich kein Beweis dafür ist, daß die Akkordarbeit besser ist, sondern doch nur, daß die Löhne eben sehr gering sind. Erhöht wurde die Leistungsfähigkeit auch durch rationellere Betriebsführung und durch Auswahl der Arbeiter auf psychotechnischer Grundlage, die schon in vielen Unternehmungen vorgenommen wird. Die Teilnahme der Arbeiterschaft am Reingewinn spielt in der ganzen Republik nach dem Bericht keine große Rolle und die Teilnahme an der Verwaltung der Betriebe überschritt fast nirgends die Grenzen, die im Betriebsausschussgesetz festgesetzt sind.

Die Zahl der Kollektivverträge hat abgenommen und es trat oft ein vertragsloser Zustand ein. Es kam vor, daß Arbeitgeber erklärten, die bisherigen Löhne nicht mehr zahlen zu wollen, trotzdem sie durch den Kollektivvertrag noch dazu verpflichtet waren. In der Tätigkeit der Schlichtungs- und Paritätskommissionen ist auch eine gewisse Stagnation eingetreten, was mit der Abnahme der Kollektivverträge zusammenhängt. Auch die Agenda der Schiedskommissionen nach dem Betriebsausschussgesetz hat nachgelassen, was seinen Grund darin hat, daß viele Streitfragen durch die Erkenntnisse des Obersten Verwaltungsgerichtes eine authentische Auslegung erfahren haben und die Arbeiterschaft auch besser mit dem Gesetz umzugehen gelernt.

Der Bericht schließt mit einer Besprechung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiterschaft, die namentlich im Osten der Republik noch immer schlecht sind. Auch die Baugenossenschaftsbewegung bringe keine große Abhilfe, zumal viele Leute kein Geld auf die Einlage bei der Genossenschaft haben und die Bauten für den natürlichen Bevölkerungszuwachs nicht genügen. Besonders schlecht sind die Wohnverhältnisse der Werklinge bei ihren Arbeitgebern. Die Werklinge müssen in den Werkstätten, auf Gängen, in feuchten Räumen usw. schlafen und auch die Sittlichkeit wird durch die Unterbringung von Personen verschiedener Geschlechter in einem Schlafrum bedroht. Zum Schluß bringt der Bericht Bemerkungen über die Arbeiterbewegung, namentlich über die Streiks und Aussperrungen, in die die Gewerbeinspektoren vermittelnd eingriffen. Naturgemäß ist dieser Teil des Berichtes unvollständig und

kann nur einzelne bedeutungsvollere Fälle anführen.

So bildet der Bericht nicht nur ein überaus wertvolles Quellenwerk für den Sozialpolitiker, sondern ist darüber hinaus auch ein Kulturdokument von großer Wichtigkeit. Die objektive Darstellung und die Ausführung genauer Tatsachen sind rühmendwert und stellen den Bericht in eine Reihe mit den in den übrigen großen Industriestaaten veröffentlichten Rechnungslegungen der Gewerbeaufsicht. Es ist aber zu bedauern, daß solche Quellenwerke dadurch, daß sie nur in tschechischer Sprache abgefaßt sind, für den ausländischen Sozialpolitiker in der Regel nicht zu gebrauchen sind, weil diese nur in den seltensten Fällen hinreichende tschechische Sprachkenntnisse haben, um solche Bücher im Original lesen zu können. Es würde den Wert solcher Darstellungen nur erhöhen, wenn sie auch in einer deutschen Uebersetzung herausgegeben werden.

Tages-Neuigkeiten.

Ludo M. Hartmann gestorben

Wien, 14. November. (Eigenbericht.) Heute, um fünf Uhr nachmittags, ist der Bundesrat, Professor Ludo M. Hartmann, der erste Gesandte der Oesterreichischen Republik in Berlin, gestorben. Er war schon längere Zeit an einem Herzleiden schwer erkrankt, hat aber noch in den letzten Tagen an Parteifunktionen teilgenommen. Sein Leichenbegängnis findet Montag, um vier Uhr nachmittags, statt.

Ludo M. Hartmann ist am 2. März 1865 in Sautzort als Sohn des bekannten tschechoböhmischen Ader-Friedenskämpfers Moritz Hartmann geboren und hat die Universitäten in Wien, Berlin und Straßburg besucht. Im Jahre 1901 trat er der sozialdemokratischen Partei bei. Er war schon in der Monarchie Privatdozent an der Wiener Universität, doch wurde er, obwohl das Professorenkollegium wiederholt einstimmig seine Ernennung zum Professor verlangte, immer wieder übergangen, weil er konfessionslos war. Erst nach dem Ansturz wurde er über neuerlichen Vorschlag des Professorenkollegiums zum ordentlichen Professor ernannt. Bei den Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung wurde er zum Abgeordneten gewählt, zugleich wurde er auch zum Gesandten der Oesterreichischen Republik in Berlin ernannt, wo er namentlich der Vertreter des Aufschlagsgedankens war; auch von bürgerlicher Seite fand ihm Wirken in dieser Richtung vollste Anerkennung.

Als Gelehrter war er ein Schüler Mommsens. Er hatte sich vorgenommen, in seinem Werke über die Geschichte Italiens im Mittelalter das große Geschichtswerk Mommsens fortzusetzen. In den letzten Jahren hat er eine auf Grund der modernen Forschung aufgebaute Weltgeschichte dem deutschen Volke vermehrt. Er war ein wissenschaftlicher Organisator ersten Ranges und hatte zahlreiche Beziehungen namentlich zur italienischen Gelehrtenwelt. Seine letzte Schrift war ein Werk über die Geschichte Italiens. In Prag sprach der Verstorbene zuletzt im Frühjahr 1923 als Gast der sozialistischen Hochschüler.

E. D. Morel gestorben.

Genosse E. D. Morel, Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei, ist in London im 51. Lebensjahre gestorben. Morel war eine der markantesten Figuren der englischen Arbeiterbewegung und genoss als Vorkämpfer des Pazifismus und als unbeugbarer Verfechter der Wahrheit einen internationalen Ruf. Schon 1904 gründete er eine „Congo Reform Association“, in der er das System der englischen Kolonialpolitik bekämpfte und gegen die Greuel, die an den Kolonialstaaten verübt wurden, Protest erhob. Ursprünglich Liberaler trat er später der Labour Party bei und gründete dann die Union of Democratic Control. Mit MacDonald und Norman Angell gehörte er zu den aufrechtesten Pazifisten in England und bekämpfte den ganzen Krieg hindurch die imperialistische Politik seines Landes. Frühzeitig erkannte er, daß die Entente Staaten ihren Anteil an der Schuld am Krieg hätten und bekämpfte das Märchen von der all-einigen Kriegsschuld Deutschlands. In seinem Buche „The Hardsm and the war“ (Der Jarrismus und der Krieg) wies er als erster in den Entente Staaten auf die Kriegspolitik Russlands hin und in einem anderen Werk „The Secret History of Great Betrayal“ (Die Geheimgeschichte eines großen Betruges) ging er mit den Leuten der französischen und englischen Kriegspolitik ins Gericht. Sehr große Verbreitung erlangte eine Broschüre „Das Gift, das zerstört.“ Allen erinnerlich dürfte die Rede sein, die Morel im August 1923 im Unterhaus hielt. Sie war eine stammende Anklage gegen die Ruhrpolitik Poincarés. Er vertrat seine Anschauungen in der Zeitschrift „Foreign Affairs“, die er leitete. Dort beschäftigte er sich auch viel mit den Minderheitsfragen. Seinerzeit erschienen in der Zeitschrift drei große Aufsätze über das deutsche Problem in der Tschechoslowakei, die geeignet waren, dem Ausland die Augen über die tschechische Demokratie zu öffnen. Mit Morel verliert die internationale Arbeiterbewegung einen überzeugten, von den edelsten Motiven erfüllten Mitkämpfer. Das arbeitende Volk Englands wird ihn, den großen Redner und Publizisten, schwer vermissen und die Demokratie der Welt hat in ihm ihren glühendsten Verfechter verloren.

Die proletarische Frau

Frau du bist das Herz der Zeit.

Von Ottilie Obelshäuser (Augsburg).

Zwei Menschen, die hatten einander so lieb! Und es kam vor, wenn sie zum Beispiel miteinander spazieren gingen, daß sie vergaß, wie hart und gebrechlich sie war, und sie begabte weiter und weiter zu wandern. Dann sagte er wohl und legte die Hand auf die Brust: „Ich kann nicht mehr weiter gehen, das erträgt mein Herz nicht!“ und sie lehnte sich gleich um, damit er sich nicht etwa einen Schaden tue. Sie glaubte lange in allem Ernst an ein Herzleiden bei ihm, bis sie eines Tages merkte: Die Frau war das Herz des Mannes.

Die Frau ist auch das Herz der Zeit. Unsere Zeit ist ausschließlich Kopf. Oft ganz nur Kopf. Sie zählt auch die Menschen nur nach Köpfen und wären nicht die Frauen, so wären auch keine Herzen mehr, sondern nur noch Pumpmaschinen, die mehr oder weniger regelmäßig funktioniieren. Die Frau ist das Herz der Zeit. Und das unsere Zeit so kalt und so wenig Herz hat, das ist die Schuld der Frau!

Müssen wir nicht alle oft an den Streit denken, den einstmal die Glieder am Leibe des Menschen miteinander führten? Als der Arm nicht mehr Arm und der Fuß nicht mehr Fuß sein wollte, sondern der eine Kopf, der andere Magen und wie jedes unzufrieden mit seinem Platz und seiner Bestimmung war. So ist es geblieben bis heute. Es hat sich nicht allzuviel geändert in den Jahren. Ja, sie waren allesamt unzufrieden, Kopf und Arme, Peine und Magen und Hände und Füße und Augen und Ohren — aber das Herz? — Wenn ich mich recht entsinne, das Herz hat nicht wie die anderen. Das Herz war zufrieden. Denn es wußte, daß es den edelsten Platz und die höchste Bestimmung hatte. Wir müssen klug werden, wir Frauen von heute, aus der Vergangenheit, aus all dem Selbstzerleben müssen wir schöpfen. Wir sind als Herz der Zeit und möchten doch so gern Kopf sein. Wenigstens ein bißchen Kopf! Weirglens das Ohr oder noch lieber die Zunge? Aber wir sind das Herz und dafür wollen wir der Natur danken.

Das Herz ist das Beste im Menschen! Oder können wir jemand zum Beispiel ein größeres Lob spenden, als indem wir sagen: „Dieser Mensch hat Herz!“ Vielleicht ja, indem wir hinzusetzen: „Und er hat das Herz auf dem rechten Fleck.“ — Das Herz auf dem rechten Fleck — es möchte aber scheinen, als ob unsere Zeit das Herz nicht ganz auf dem rechten Fleck habe. Das ist auch mit der Schuld der Frau. Die Frau hat sich zu weit zurückdrängen lassen. Sie hat ihre eigentliche Bestimmung nicht ganz auszunutzen gesucht. Die Frau war lange, allzulange nur die Pumpmaschine, die den ganzen Betrieb in Gang halten mußte — jetzt hat sie sich auf sich selbst und ihren höheren Lebenszweck besonnen und rührt sich und regt sich und will zeigen, was sie vermag. Aber ihre wahre Kraft geht nicht nach außen, sondern nach innen, und die wahre Größe der Frau liegt nicht sowohl im Erhalten als vielmehr noch im Schaffen.

Der Mann wird pflanzen, an seiner Seite finden wir die Frau, die wird begießen und pflegen. Der Mann muß kämpfen, nicht minder die Frau: noch mehr. Er wird aber auch die

Wunden, die des Lebens Not schlägt, verbinden und heilen.

Es hat ja jedes Glied seine eigene Bestimmung. Und wir Frauen haben eine hohe Bestimmung. Wir sollen unsere Umgebung glücklich machen. Oder gibt es eine bessere Aufgabe für ein Herz als die eine: Licht und Wärme zu verbreiten, Friede, Freude, Mut, Lebenskraft und Liebe?

Noch eines! Das Gesetz gilt für die Frau in der Ehe, für die Hausfrau, Gattin und Mutter, es gilt, was besonders hervorzuheben ist, für alle pflegenden und belehrenden Berufe, in denen Frauen sich in so großer Zahl betätigen. Aber es gibt auch Frauen, die von ihren Mitschwestern in den Dienst der Allgemeinheit gerückt wurden. Ja, möchten auch diese sich oft dessen erinnern, daß die Frau das Herz der Zeit ist und es dem Manne, der vergessen will, daß die Frau auch das Herz des Mannes ist, in erster Verantwortung der Stunde die Entscheidung zuzurufen: O, gehe nicht zu weit, dein Herz erträgt es nicht.

Leider aber gibt es auch Stellungen und Berufe, die der natürlichen Veranlagung und Aufgabe der Frau nur kümmerlichen oder gar keinen Raum lassen. Für uns aber muß es eine Mahnung sein, dem besten Zug unseres Wesens und unserer charakteristischen Naturanlage ein hinreichend weites Feld der Betätigung zu schaffen.

Der Kampf gegen den § 144

wird auch von unseren Genossinnen immer leidenschaftlicher aufgenommen. Eine Sitzung der Kreisleitung der sozialdemokratischen Frauen in Eger verlangt von unseren Abgeordneten eine Aktion zur Beseitigung des § 144. Die sozialdemokratische Kreisversammlung schloß sich diesem Verlangen an.

Die Arbeiterfrauen wissen, um welchen Betrag es sich handelt: um den berüchtigten Abtreibungsparagraphen. Heute ist die Unterbrechung der Schwangerschaft bei schweren Strafen verboten. Wirtschaftliche Not zwingt aber Zehntausende von Proletarierinnen der Gefahr des Abtreibens und der schwersten Gefährdung ihrer Gesundheit zum Trotz doch zur Abtreibung, die — eben des strengen Verbotes wegen — von irgend einer Arztpraxis vorgenommen wird. Die Barbarei des Gesetzes bürdet viele Frauen mit dem Tode, unzählige mit schwerem Siechstum oder mit dem Kerker.

Immer leidenschaftlicher fordern die arbeitenden Frauen die Beseitigung des Schandparagraphen. Aber sie zu zwingen, wird einen langwierigen, zähen Kampf erfordern. Die bürgerlichen Parteien werden, hinter die Moral sich verbergend und von der Feiligkeit des kimmernden Lebens fahndend, sich gegen die Aufhebung des § 144 wenden. In diesem Kampfe ist es für die sozialdemokratischen Frauen wichtig, zu wissen, wie ungefähr die Gesetzgebung gestaltet werden möchte, um den Furcht des Erbarzuges von den Frauen zu nehmen: ungefähr so, wie in Rußland.

Wir beten nicht blind alles an, was aus einem anderen Lande kommt, und wir wissen, daß auch das bolschewistische Rußland nicht das Himmelreich verwirklicht hat, wir wissen, daß es vieles in Sowjetrußland gibt, was wir mißbilligen und scharf verurteilen müssen, aber deshalb dürfen wir nicht über das Gute und über das Vernünftige

hinweggehen, was in diesem großen Lande geschaffen wurde. Da liegt vor uns ein Gesetz, das schon am 18. November 1920 von den Volkskommissariaten für Gesundheitswesen und für Justiz verabschiedet wurde.

Der § 1 sagt, daß in den staatlichen Spitälern unentgeltliche operative Unterbrechungen der Schwangerschaft zugelassen werden.

Im § 2 wird aufs strengste verboten, diese Operation durch jemand anderen als einen Arzt auszuführen. Hebammen oder Wärterinnen, die einen solchen Eingriff vornehmen, verlieren das Recht zu praktizieren und werden dem Gericht übergeben. Der Arzt aber, der eine solche Operation aus selbsttätigen Gründen in einer Privatpraxis ausführt, wird ebenfalls dem Gericht ausgeliefert.

Dieses vernünftige Gesetz ist nun vier Jahre in Kraft und einem Artikel des Volkstommissars für Gesundheitswesen entnehmen wir, daß beispielsweise 1918 im Gouvernement Lwow vierundzwanzig von hundert Frauen an den Folgen von Schwangerschaftsunterbrechung erkrankt sind, daß aber 1922, nachdem das zitierte Gesetz zwei Jahre in Kraft war, nur mehr eine Frau (1,2 Prozent) erkrankte. Das heißt, daß dadurch, daß die Unterbrechung freigegeben wurde, aber nur in einem staatlichen Krankenhaus und nur durch Ärzte ausgeführt werden darf, nicht nur die Gefahr der Erkrankung herabgemindert wurde, sondern daß auch durch die Aufklärung und die Hilfeleistung, die man den das Spital aufsuchenden Schwangeren zuteil werden ließ, in vielen Fällen die Unterbrechung vermieden werden konnte. Frauenkommissionen sind eingesetzt, die die Aufgabe haben, zu erheben und festzustellen, ob es wirklich notwendig ist, die Unterbrechung durchzuführen, oder ob man nicht durch soziale Maßnahmen für Mutter und Kind die Unterbrechung vermeiden kann.

Das ist das russische System, und wenn wir auch nicht glauben, daß in dem ganzen großen, weiten Reich bis in das letzte Dorf die Segnung des Gesetzes wirksam wird, so sicherlich dort, wo es Krankenhäuser gibt und das auffällende Wort und die helfende Tat die verzweifeltsten Frauen erreichen und aufrichten kann.

Also nicht Strafparagraphen, nicht Kerker und Kerker, sondern soziale und ärztliche Hilfe werden den Kindesstod im Mutterleib einschränken können.

Weit wirksamer als die Verdammungsurteile, die von irgendwem und irgend jemand ausgesprochen werden, wird solches Tun sein. Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir, als daß auch bei uns diese Einsicht walte und die §§ 144 bis 148 so geändert werden, daß sie vor Vernunft und Menschlichkeit bestehen können!

Aus anderen Ländern.

Gemeinschaftserziehung in Finnland. Aus ökonomischen Gründen hat der Gedanke der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter (Kodulation) in Finnland viel rascher Boden gewonnen als bei uns. Schon im Jahre 1883 wurde das erste schwedische Inzeum für Knaben und Mädchen gemeinsam eröffnet. Ein finnisches folgte bald nach. Danach begann auch der Staat

seine Schulen nach dem Prinzip der Kodulation umzustellen. Es gibt somit zwei Arten gemeinsamer Schulen, solche, die nach und nach in höhere Schulen für beide Geschlechter umgewandelt sind und solche, die von Anfang an diesem Typus angehören. Die letzteren sind die beliebtesten. Sie werden von Privatpersonen, Aktiengesellschaften oder Gemeinden unterhalten und genießen Staatszuschüsse. Der Unterricht in den zur Univerfität vorzubereitenden, gemeinsamen Schulen ist für beide Geschlechter gleich, nur der Turnunterricht wird in den höheren Klassen jedem Geschlecht besonders erteilt. Die Leiter dieser Anstalten müssen akademische Bildung besitzen und können beiden Geschlechtern angehören.

Berufsschulen für Frauen in der Schweiz. In der „Schweizerischen Hochschule für Damen, Schneiderin und Singerin“ in Zürich werden junge Mädchen als Schneiderinnen und Weibnäherinnen ausgebildet. Die Schneiderinnen müssen dreieinhalb Jahr, die Weibnäherinnen zweieinhalb Jahr die Anstalt besuchen. Neben dem Fachunterricht wird noch Unterricht in Zeichen, Deutsch, Rechnen, Buchführung, Französisch, Wirtschaftskunde erteilt. Der Unterricht ist für Schwägerinnen unentgeltlich. In der Züricher Gewerbeschule besteht Fachkurs für Photographenlehrlinge, ebenso für Post-, Telegraphen- und Telephonlehrlinge. Ferner gibt es noch eine Uhrmacherschule für Knaben und Mädchen in Genf.

Praktische Winke.

Wie reinigt man aus besten vernachlässigte Fußböden? Manche Hausfrauen haben bei ihrem Einzug in eine neue Wohnung die unliebame Überraschung erlebt, daß sie Fußböden vorfinden, die rauh, und von alten Oel- und Lackresten verschmiert, den Eindruck höchster Unkultur machen. Gewöhnlich hat dann ein energisches Abkratzen mit Seifenstein, u. dgl. die weitere Behandlung eingeleitet. Diese Maßnahme ist falsch. Weit besser, ja absolut empfehlenswert, ist folgendes Verfahren: Man reibt mit einem alten Besenruch und Eisenspanen den Fußboden trocken ab. Es gibt Staub, weshalb die Möbel vorher zu entfernen sind. Ist dies geschehen, und der Fußboden von Schmutz und Eisenspanen befreit, so reibt man ihn mit Terpentinöl ab und danach mit Wachs, wie üblich. Also keine Wasserbehandlung, kein Öl.

Tinten- und Koffinele in Wäsche oder auf der Hand beseitigt man sehr rasch durch das Einreiben mit zerdrückten frischen, rohen Tomaten. Dieses Mittel ist in Amerika allgemein bekannt.

Pflege der Topfpflanzen. Ehe man die Topfpflanzen an ihren Winterort bringt, müssen sie genau untersucht werden, ob sich Ungeziefer daran befindet, welches zu beseitigen ist, sodann, ob die Topfe, namentlich der Wasserabfluß, in Ordnung ist. Ferner ist sehr anzuraten, die oberste Erdschicht abzunehmen und durch gute, frische zu ersetzen. Nachdem dies geschehen, stellt man sie an einen Platz des Zimmers, wo ihnen reichliches Licht zu teil wird. Die Topfpflanzen werden im Winter einen Tag um den anderen begossen und sollen mindestens einmal wöchentlich mit lauem Wasser übertraut werden. Die höchste Wärmtemperatur welche sie haben dürfen, ist 12 bis 14 Grad R. Blumen jedoch, wie Camellen, Veilchen, Rosen usw. können diese hohe Temperatur nicht vertragen: ihnen sind nur 8 bis 12 Wärmegrade zuträglich.

Klage des Säuglings.

Nun hätte ich das Licht der Welt erblickt; aber, o weh, dieses grelle Licht blendet meine Augen; merkwürdig, daß meine Umgebung nicht verfinstert, mich langsam an das Tageslicht zu gewöhnen. Sie sind ja sonst so dienstbeflissen um mich. Doch ich will mich in Geduld fassen. Alle nennen mich den Sonnenschein des Hauses, ein Sonnenkind, folglich will ich mich an die liebe Sonne, das Licht, gewöhnen.

Heute bin ich schon acht Wochen auf dieser Welt, keine meine Umgebung und sammtliche Eindrücke. Meine Mutter ist ein liebes, junges Menschenkind, und wenn sie sich über mich beugt, so strahlen so eigen ihre Augen; ich sehe, daß sie mich sehr lieb hat. Auch mein Vater tätschelt wohlgefällig meine Wangen und ich mir gnädig gefallen lasse; nur unangst begehrt ich auf als er mich küßte. So nannte er es immer, wie die Mutter es meines Geschwieses gelaufen kam. Ich mußte schreien, denn sein Gesicht sah mich, wie mit unzähligen Messern; es scheint, daß auch er einer derjenigen Männer ist, die sich wegen der hohen Kasperpreise die Haare im Gesicht wachsen lassen. Nun jetzt wird er es nicht mehr versuchen, mich zu küssen. Ich bin überhaupt eine Feindin des Küssens, aber so ein armer Säugling ist machtlos. Ein größerer Kind läuft einfach davon, oder wendet das Köpfchen ab; ich muß ruhig liegen und abschmagen lassen und kann höchstens schreien, wenn es mir zu bunt wird. Da überfällt es mich oft der Mund eines Onkels, der vom Alkohol stinkt, dann der einer guten Nachbarin, die schlechte Zähne hat und deren Mund ein fieser Gestank entweicht, oder der küssende Mund „duftet“ von Tabak oder hat Wimmerlein oder eine noch ärgere Krankheit. Ich verstehe nicht meine Mutter, die eine geschickte Frau zu sein scheint und doch das Riffen eines Säuglings zugibt. Sollte sie nicht

von der starken Ansteckungsgefahr wissen, die den Säugling besonders gefährdet?

Manchmal komme ich mir wie ein Versuchskaninchen vor. Da bringt einmal die Meinung meines Vaters durch, der mich durchaus abhärten will; ich werde bei offenem Fenster in ein eisernes Wasser gelegt; zuerst bin ich sprachlos vor Kälte, dann schreie ich wie verbergt. Es mich die Mutter herausnimmt. Das offene Fenster bei Sonnenschein ist mir schon recht, aber das eisalte Bad, nachdem man mich wochenlang in heißem Wasser gebadet, ist mir nicht zuträglich. Zur Reinigung ist ein warmes Bad am besten und an heißen Tagen eine schnelle Abwaschung mit gestandnem Wasser, und nachherige Frottierung paßt mir schon und ist Abhärtung genug. Aber dieses Probieren mit mir bringt mich noch um. So werde ich einmal verbergt weil eine alte Frau meiner Mutter sagte, daß sie das Bodewasser mit ihrem Ellenbogen probieren müsse, anstatt mit einem Bodenthermometer, das andere Mal werde ich ein Eiszapfen, weil kalte Bäder für Erwachsene gut sind.

Wie wohl ist mir, wenn ich mich so strecken und dehnen kann. Glückselig schauen mir meine Eltern zu und schmunzelnd sagt mein Vater: „Das wird eine Sportlerin.“ Da schneit der Himmel eine alte Großtante herein die sogleich die Hände zusammenschlägt und leift: „Du brachst das Kind um“ und ohne viel Federlesens schnürt sie mich wie eine Mumie ein, selbst meine Handchen müssen hinein und die Füßchen drückt sie mit Gewalt ein, damit sie gerade werden.“ sagt die Anhängerin des Mittelalters. Meine Mutter getraut sich nichts zu sagen sie fürchtet immer für meine Gesundheit. Hätte meine Mutter Vorträge über Säuglingspflege gehört, so wäre sie energisch gegen das Einwickeln aufgetreten, denn der junge Körper muß sich viel bewegen können, darum werden die Säuglinge nicht mehr eingewickelt. Zum Schutz steht mir die alte Tante ein grouliches

Ding in den Mund, „Schmuller“ nennt sie dies. Ich spucke und schreie, als wenn ich am Speichel wär, nachdem ich kein anderes Mittel zur Abwehr kenne. Ja, ja, wir armen Säuglinge! Genou so geht es mir mit dem Trinken! Da hatte unangst die Windel eine große Falte. Dies tat meiner janten Haut wehe und ich schrie, weil es mein einziges Verständigungsmittel ist. Die liebe Mutter kommt gelaufen und mit ihr die gerade anwesende Großmutter. „Was hat denn mein süßes Naufi“, fragt die Mutter. „Dunger, erklarte die Großmutter. „Ich sage es ja immer, du läßt das Kind verhungern mit deiner modernen Einrichtung, nur alle drei Stunden Nahrung zu verabreichen. Zu meiner Zeit hat's so was nicht gegeben und ihr seid alle groß und stark geworden.“ Ein erschreckter Blick aus den Augen meiner Mutter traf mich da und schnell wurde mir Milch gereicht. Ich mußte trinken, trotzdem meine Mahlzeit erst eine Stunde vorüber war. Die Folge natürlich war, daß mich die Windel noch immer drückte und ich durch den übervollen Magen gequält ward und noch entsetzlicher schrie. Jetzt waren die beiden lieben Frauen aus dem Häuschen; sie hoben mich auf den Arm, die Windel drückte weiter; ich schrie. Sie legten mich in den Wagen und fuhren wie verrückt im Zimmer herum, so daß mir Hören und Sehen verging, doch unerträglich wirkte die Falte der Windel und ich schrie janzig weiter. „Was hat denn die Kleine“, rief der vom Dienst heimkommende Vater. „Eine schöne Wirtschafft hab ich da bekommen. Mein Mittagessen fertig, ein Durcheinander in der Wohnung und ein jämmerlich schreiendes Kind.“ Mit einem Schlag stand der Vorterrast still, Mütterchen nahm mich heraus und schüt mich aus der Unfälle. Da sahen sie und die Großmutter die große Falte in der Windel, die aufgeriebene Stelle der Haut und fast hätte ich ein erleichtertes „Ah“ ausgesprochen wenn — ich es gekonnt hätte. So lächelte

ich und die lieben Meinen mit mir. Durch diese Szene habe ich es endgültig erreicht, daß mich Mütterchen nicht mehr so fest einpaßt, daß sie mich nur mehr in eine große Windel einschließt, diese um die Mitte leicht befestigt und mich im Wagen mehr oder weniger zudeckt. Dadurch kann ich mich dehnen und strecken und befinde mich wohl.

Aber noch sind für mich nicht alle Warten vorüber. Eine furchtbare Tortur steht mir noch bevor; bei lebendigem Leib soll ich gestochen werden. Ich kann den Jocherkruch nicht von mir abhalten, ich bin ja wehrlos, bin ein Säugling. Entsetzlich, wenn ich an das Bedrohende denke. Und dies soll zu meiner Verschönerung geschehen. Weil ich ein Mädchen bin, soll ich wie die Wilden in die Ohren einen Schmutz bekommen. „Die Ohrringe sind da, für ein Mädchen ist es schön und außerdem halten Ohrringe Augenentzündungen ab“, sagen die weissen alten Nachbarrinnen meiner Mutter. Und meine Mutter traut sich nicht zu sagen, daß ihr diese Requirite nicht gefällt, sagt nicht, daß es mit den Krankheiten krasser Aberglaube ist und durch das Ohrenstechen mindestens das Ohr einer Infektion ausgesetzt ist.

Da kann ich mir nicht helfen und denke, daß vieles mit uns wehrlosen Säuglingen besser wäre, wenn die Gesellschaft uns in ihren offiziellen Schutz nehmen würde. Gesellschaftliche Pflicht für das junge Mädchen, einen Säuglingskurs mitzumachen, die werdende Mutter müßte die Mütterberatungsstelle aufsuchen, die jedem Jugendamt angeschlossen ist und für die Säuglinge, die in Kellerräumen oder überfüllten Wohnräumen das Licht der Welt erblicken sollen, schöne gesunde Säuglingsheime, wo sie gut betreut werden können. Wir Säuglinge sind unschuldig an unserem Leben, wir sind aber die Zukunft und haben deshalb ein Recht auf den Schutz der Gesellschaft. Marie Koch.

Kommunistische Moral.

Revolutionäre Taten des bekannten Kommunisten-„Führers“ Weitenhanß aus Komotau in einer Saazer Druderei.

Der Kommunist Weitenhanß ist der nordböhmisches Arbeiterschaft kein Unbekannter mehr. Stand er doch eine Zeitlang auf einem exponierten Vertrauensposten in der kommunistischen Partei und hatte so reichlich Gelegenheit, nach den Befehlen Mostaus die nordböhmisches Arbeiterbewegung zu spalten und zu schwächen. Diesen Vertrauensposten — er war kommunistischer Bezirksleiter in Saaz — hat Weitenhanß zum Glück für die Arbeiterschaft nicht lange innegehabt. Aus uns bekannten Gründen verschwand er plötzlich über Nacht wieder vom Schauplatz seiner unheimlichen Betätigung.

Wer nun annehmen würde, daß Weitenhanß als ein mit Recht erledigter kommunistischer „Größe“ sich endlich Ruhe geben und sich betätigen werde, durch proletarische Kleinarbeit einen Teil seiner Schuld an der Verharmlosung der Arbeiterschaft wieder gutzumachen, der unterschätze den vorerblichen Einfluß der von Mostau gepredigten Moralgrundsätze, die eine Rehabilitation nur im noch gewissenloseren Kampfe gegen die sozialdemokratischen Arbeiter sehen. Weitenhanß war nicht umsonst Sekretär im Solde Mostaus gewesen, als daß er nicht gewußt hätte, auf welche Weise er wieder in seiner Partei hochkommen könnte. Und zwar versuchte er dies auf folgende Weise:

Weitenhanß erzählte unter seinen Kollegen in der Buchdruckerei „Lugra“ in Saaz, in der er als Leiter der „Heimat“ beschäftigt ist, herum, daß er wegen der Verdächtigungen eines unserer Genossen entlassen werden soll. Er nannte diesen Genossen einen Schuft, der mit der Geschäftsleitung der Druckerei in Verbindung stehe und seine Arbeitslosigkeit demunziere. Zum Erstaunen aller Anwesenden ergab dann eine Vorprüfung bei der Geschäftsleitung, daß unter Genosse mit der ganzen Sache natürlich nichts zu tun hatte, und daß Weitenhanß wegen seiner Unfähigkeit entlassen werden soll. Der Schriftleiter der „Heimat“ hätte sich bereits wiederholt über Weitenhanß beschwert, so daß die Geschäftsleitung endlich die Konsequenzen ziehen müsse.

Weitenhanß, der vor der Vorprüfung bei der Geschäftsleitung erklärt hätte, daß er seine Informationen über die Verdächtigungen unseres Genossen eben von dem Schriftleiter der „Heimat“ — Alois Fiech — erhalten habe, sah nun, daß er das Spiel verloren hatte und legte kräftig seine Welle als Vertrauensmann nieder, da ihn ja sonst die Kollegen dazu gezwungen hätten.

Seine Tätigkeit in der Druckerei erfüllt jedoch eine weitere, seine Niederknichtigkeit grell beleuchtende Charakteristik durch die Mitteilung der Betriebsleitung, daß der Schriftleiter Fiech jetzt über Weitenhanß sich dafür infolge, daß dieser doch nicht gekündigt werde. Weitenhanß hat also zuerst als Urheber der Anschuldigungen unseres Genossen den Fiech bezeichnet und sodann denselben Fiech angeklagt, für ihn ein gutes Wort bei der Geschäftsleitung einzulegen und ihm zu werden, daß — wenn jemand schon gekündigt werden soll — ein anderer Kollege gekündigt werde.

Trotzdem nun die Seher der Druckerei der Geschäftsleitung anheimstellten, sich bei der Kündigung nicht beeinflussen zu lassen, wurde über Weitenhanß das Fiech nicht Weitenhanß, sondern ein anderer Seher, der sicherlich diesen beiden Bundesgenossen nicht zu Gesicht stand, entlassen.

Weitenhanß zeigt sich dankbar. Die genannte Druckerei bekommt jetzt alle Aufträge, auch kommunistische Flugzettel, die „Internationale“ hat

ihre humoristischen Angriffe gegen Fiech mit einemmale eingestellt.

So sieht — Arbeiter vergeht es nie! — kommunistische Moral aus. Weitenhanß hat den Befähigungsnachweis zu weiteren, neuem Aufstieg in der kommunistischen Partei erbracht. Heute ist er bloß kommunistischer Stadtrat in Komotau, demnächst kann er, nach dem Vorbilde des Max Högl, irgendwo Spitzenkandidat sein. Daß die Arbeiterschaft jedoch seine Taten nicht vergessen wird, dafür werden wir schon sorgen.

Glasarbeitern werden Auslandspässe verweigert.

Die Einschränkung der Freizügigkeit der Glasarbeiter liefert die Begründung der Willkür der Unternehmer aus.

Die Abgeordneten Genossen Schweighart, Schäfer und Schiller haben an den Minister für soziale Fürsorge wegen Einschränkung der Freizügigkeit der Glasarbeiter durch behördliche Maßnahmen eine Interpellation gerichtet, in der es u. a. heißt:

Zu den wichtigsten Exportindustrien der Tschechoslowakischen Republik gehört die Glasindustrie, darunter als Spezialgruppe die Bohlglasindustrie des Saida-Steinschönauer Gebietes, deren veredelte Produkte bis zu 95 Prozent im Ausland seit alterher abgesetzt werden. Ein Handelsminister hat die Glasindustrie nicht ohne Unrecht als das „Gold“ der Republik bezeichnet, da sie nicht unwesentlich dazu beiträgt, die Handelsbilanz aktiv zu gestalten. Wenn man aber annehmen wollte, daß die Regierung dieser für den Staat so wertvollen Industrie eine besondere Förderung angedeihen ließe, um sie im Wettstreit mit den ausländischen Glasindustrien jederzeit konkurrenzfähig zu erhalten, würde man sich einer Täuschung hingeben. Die heimische Glasindustrie klagt über viel zu hohe Veredelungskosten infolge der großen Steuern sowie Frachtpfesen, wodurch sich das Rohmaterial empfindlich verteuert. Die Unternehmer sind infolgedessen bemüht, die Löhne der Arbeiter zu drücken, um auf deren Kosten die Produkte möglichst billig abgeben zu können.

Ganz deutlich beobachtet man diese Tendenz in dem seit einigen Wochen geführten Streit der Glasarbeiter des Saida-Steinschönauer Gebietes zugunsten einer Lohnerhöhung. Die strikte Ablehnung der leider allzusehr begründeten Lohnerhöhung bedeutet in diesem Falle den Durchbruch des geschäftlich veranfertigten Achtstundentages, da die Arbeiter gezwungen werden sollen, länger zu arbeiten, um ihr längliches Auskommen zu finden. Da sich um die Erhaltung des Achtstundentages in der Heimarbeit dieselben behördlichen Organe absolut nicht kümmern, die den Glasindustriellen ohne Not Gendarmerie zum persönlichen Schutz beistellen, besteht die Gefahr, daß die Ermangung einer geregelten Arbeitszeit in der Saida-Steinschönauer Glasindustrie durch die Schuld der halsstarrigen Unternehmer verloren geht.

Ein erhöhter Schutz der Arbeiter wäre hier ganz besonders am Platze. Es geschieht aber das Gegenteil. Die den Arbeitern auferlegten Steuern sind z. B. nicht gering.

Geradezu verhängnisvoll wirkt aber die einem Verbot gleichkommende behördliche Einschränkung der Auswanderung in das Ausland.

Die politischen Bezirksverwaltungen haben von Prag aus die Weisung erhalten, den Glasarbeitern, welche doch nur infolge schlechter Löhne,

Arbeitslosigkeit etc. auszuwandern wollen, die Ausstellung der Pässe zu verweigern. Der Endeffekt dieser Maßregel ist, daß die Glasarbeiter der Willkür der Unternehmer völlig ausgeliefert sind. Diese behördliche Maßnahme trägt sicherlich dazu bei, die Abwanderung der Glasindustriellen gegen Lohnerrhöhungen zu stützen, da den hungernden Glasarbeitern die Flucht ins Ausland mit Hilfe der Behörden unmöglich gemacht wird.

Nach dem österreichischen Gesetz vom 21. Dezember 1907 Nr. 142 war die Freiheit der Auswanderung nur durch die Wehrpflicht beschränkt. Im Gegensatz hierzu ist das tschechoslowakische Gesetz vom 15. Februar 1922 Nr. 71 und die Durchführungsverordnung vom 8. Juni 1922, Nr. 170, über die Auswanderung mit bisher nicht dagewesenen Einschränkungen der Auswanderungsfreiheit versehen. Anlässlich des Strekes im erwähnten Glasindustriellen-Nahon hätten Hunderte Glasarbeiter im Auslande lehrendere Stellung finden können, doch wurde die Auswanderung aus dem heimischen Grenzgebiet durch das generelle Verbot der Ausreise von Bürgern an die Glasarbeiter im Vorhinein vereitelt.

Die Beschränkung resp. das Verbot der Auswanderung von Glasarbeitern ist angeblich ein Mittel, die Verschleppung der heimischen Glasindustrie ins Ausland zu vereiteln. Da man die Auswanderung von Unternehmungen bzw. die Errichtung von Geschäftszweigen im Auslande nicht verhindert, obgleich dies einer Verschleppung der Industrie gleichkommt, und nachdem die bestehenden Vorschriften den Ausländern zugänglich sind, welche die Erfahrungen unserer Industrie für sich verwenden, ist die behördliche Passperre für die Glasarbeiter eine durchaus einseitige antisoziale Maßnahme. Solange die Regierung weder den Willen, noch die Fähigkeit besitzt, jenen Faktoren, welche das „Gold“ der Republik in erster Linie erzeugen — den Glasarbeitern — eine gesicherte Existenz zu bieten, sie vor unheimlicher Ausbeutung zu bewahren, bedeutet die Passperre für die Glasarbeiter deren Auslieferung an ein kurzfristiges, profitulsteres Unternehmertum.

Die interpellierenden Genossen fragen daher den Minister, ob ihm die geschiederten arbeitserfreundlichen Maßnahmen bekannt sind und was er zu tun gedreht, um im Interesse der Glasarbeiter deren Freizügigkeit in vollem Maße wiederherzustellen.

Deutschbürgerliche Bildungseinde. Mit welcher Geschäftigkeit die Deutschbürgerlichen die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft verfolgen, ist für sich vom Bezirksrat des südböhmischen Bezirkes Kaplitz wieder einmal bewiesen worden. Das Kreisgewerkschaftssekretariat für Südböhmen in Budweis hat am 21. Oktober an den Bezirksrat Kaplitz eine Eingabe gerichtet, in der es heißt:

„Das unterzeichnete Gewerkschaftssekretariat ersucht den Bezirksrat um Ueberlassung einer Schulklasse in der Schule in Kleinberg für jeden zweiten Sonntag nachmittags ab 9. November bis Ende März 1925. In dem Schulraum soll ein laufender Kurs zwecks Schulung der Betriebsausschüsse veranstaltet werden.“

Für die Beheizung und Reinigung kommt das gefertigte Gewerkschaftssekretariat auf, ebenso für die Einhaltung der bestehenden Schulordnung. Wir ersuchen, das gefällige Ansuchen zu berücksichtigen.“

Daraufhin hat der Bezirksrat von Kaplitz dem Gewerkschaftssekretariat unter dem 3. November folgende Erledigung geschickt:

„In Erledigung untesender Eingabe wird mitgeteilt, daß der Ortsrat in Kleinberg mit

der Ueberlassung eines Lehrzimmers für die Abhaltung des geplanten Kurses nicht einverstanden ist, da die Firma Mostbaumühl A. G., welche Brennmaterialien für die Schule kostenlos beisteuert, es ablehnt, für diesen Zweck Brennmaterialien zur Verfügung zu stellen. Der Bezirksrat ist somit nicht in der Lage, die erbetene Bewilligung zu erteilen. Der Vorsitzende: Unterschrift unleserlich.“

Eine dümmere Ausrede hätten die Herren wahrlich nicht erfinden können, um ihre Feindseligkeit gegen die Schulungsbestrebungen der Arbeiterschaft zu bemänteln. Weil die Firma Mostbaumühl A. G. nicht einverstanden ist, daß ihre Betriebsausschüsse geschult werden, redet man sich aus, daß die Beheizung des Schulzimmers wegen Mangel an Brennmaterialien scheitern muß, obwohl auf dem unersättlichen Ansuchen der Gewerkschaften klar und deutlich zu sehen war, daß für Beheizung von den Veranstaltern gesorgt wird. Ein weiterer Kommentar ist überflüssig.

Große Jollhinterziehungen hat sich der Kronbacher Gemeindevorsteher und Besitzer des Gasthauses „Froschhaus“ Anton Hodouf (Berganton) zu schulden kommen lassen. Sie sollen über eine Million Kronen betragen. Hodouf wurde schon vor 14 Tagen verhaftet und befindet sich beim Kreisgericht in Reichenberg. Der Leiter des Jollkomites in Schanzeudorf wurde vom Dienste suspendiert. Die Jollhinterziehungen greifen mehrere Jahre zurück. Das Gasthaus „Froschhaus“ ist diesseits und jenseits der Grenze in weitesten Kreisen bekannt und wird viel besucht.

Ein mutiger Lebensretter. Der Gymnasiallehrer Wilhelm Schloffer in Eger bemerkte, als er mit seinem Fahrrad von Mühlbach nach Bfz fuhr, ein Kind in der hochangegewollenen Eger treiben. Ohne Besinnen sprang Schloffer in seinem langen Winterrode von der Brücke aus in den Fluß und rettete das Kind. Das Kind, der vierjährige Sohn des Arbeiters Sader, lief nach der Rettung mit den Worten: „Jetzt gehe ich heim“ nach Hause. Schloffer fuhr in seinen nassen Kleidern nach Eger zurück. Außer einem tüchtigen Schnupfen nahm er keinen Schaden durch das Bad in der eisigen Eger.

Die Frau lebendig begraben. Ende Oktober verschwand auf geheimnisvolle Weise die Katharina Pustak, Frau des 40jährigen Gemischtwarenhandlers Karl Pustak in Bohor bei Přeburg. Im Orte war bekannt gewesen, daß zwischen dem Greisler und seiner 24jährigen Dienstmagd Rosa Steinbröt ein Liebesverhältnis bestand; die Frau des Pustak beschwerte sich des öfteren bei der Gattin des dortigen Notars über Mißhandlungen von Seiten ihres Mannes und sagte, man möge sich nicht wundern, wenn sie einmal verschwinde. Die Gendarmerie stellte nun auf Grund der Anzeige der Frau des Notars Nachforschungen an und tatsächlich wurde die Leiche der Katharina Pustak im Garten des Hauses eingegraben vorgefunden. Die ärztliche Untersuchung stellte fest, daß der Frau mit einer Hacke ein Schlag auf den Kopf versetzt wurde und daß sie sodann noch lebend begraben wurde. Karl Pustak leugnete entschieden, die Tat verübt zu haben. Der Verdacht richtet sich aber schon deshalb gegen ihn, weil er auf die Fragen nach seiner Frau zu antworten pflegte, sie sei in Pstpan. Um den Verdacht abzulenken, hatten Pustak und die Dienstmagd Briefe von Přeburg an die unglückliche Frau geschrieben. Karl Pustak und die Magd wurden verhaftet.

Der Nobelpreis für Literatur. Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat dem polnischen Schriftsteller Ludw. Reymont für seinen Roman „Bauern“ den Nobelpreis für Literatur verliehen. Ferner hat sie beschlossen, den Nobelpreis für Chemie und Physik erst im kommenden Jahr zur Verteilung zu bringen.

Das Chamäleon.

Von Edele Wackelmann. Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Georg Gärtner.

Petruske, der Flurschütz, war am Morgen des Wahltages frühzeitig auf den Beinen. Er hatte seine beste Uniform an und sah behaglich fröhlich in der Küche, in der ein Dunst von gebadenem Speck hing.

Der Flurschütz war ein untersehter Mann mit blühendem Gesicht und schwarzem, herabhängendem Schnurrbart. Seine dunklen, schlauen Augenlein hatten einen heimlichen Glanz.

Während seine Frau ihr Gebetbuch in einer Schublade verschloß, überlegte sie laut: „Der Pfarrer hat noch einmal gegen den Liberalismus gepredigt!“

„Ach!“ tadelte Petruske und zog die Achseln hoch.

„Aber wenn sie jetzt doch gewännen?“

„Ach!“ Petruske schaute in den Garten, gab aber gar keinen weiteren Bescheid. Seine blühenden Dahlien und seine beladenen Obstbäume schienen seine Aufmerksamkeit ganz in Beschlag zu nehmen.

„Schönes Wetter“, sagte er langsam.

„Ja, die Sonne scheint... es ist wahres Sommerwetter.“

„Es ist Geusenwetter, wird der Bürgermeister sagen.“

Es nützt nichts, Petruske blieb verschlossen, stopfte sinnend seine Pfeife und hüllte sich in Rauchwolken.

„Es wäre doch vorsichtig“, konnte sie sich nicht enthalten hinzuzufügen.

Der Flurschütz galt als ein stiller Anhänger der Liberalen und durfte sich der besonderen

Gunst des Herrn Bürgermeisters erfreuen. Er war jetzt schon sechzehn Jahre Hüter der Ordnung in der Gemeinde, kannte die Menschen und ihre Schwächen, wohnte in einem hübschen Häuschen, hatte ein ruhiges Leben und Vorteile auf allen Seiten. Seine Pintchen mit Schnäpchen wurden ihm in Ueberfluß geschenkt, und die Bauern bedachten ihn, wenn ein Schwein geschachtet wurde!... In seinem Auftreten war Petruske stets maßvoll... An der Kirche, im Frösching oder bei der Rekrutenmusterung verstand er zu ordnen und zu besänftigen. Er war kein Gewicht in Gold wert, urteilte der Bürgermeister. Aber liberal war Petruske, er dieme seiner Verwaltung mit Teue und Hingebung.

Draußen auf der Dorfstraße ging er selbstbewußt durch den Trudel der Wähler und Zuschauer.

Auf die Gehsteine waren tiefige blaue Reklamen gemalt. Wähler, stimmt unter Nr. 12! Auf dem Gemeindepark hingen Kampfsplakate, in Fetzen gerissen.

Vor dem Eingang teilten die jungen Leute noch Flugzettel für beide Parteien aus... Der Wirt vom „Roten Löwen“, ein austretendes Ratsmitglied, kammerte sich an Petruske an.

„Was meinen Sie, Flurschütz?“

„Hm!“ fragte Petruske und zwinkerte verbös.

„Sie kriegen eine schöne Schlappe!“

„Hm!... Es ist Geusenwetter!“

„Ja, Flurschütz... Sie haben ja im Stillen tüchtig gearbeitet! Im „Roten Löwen“ kaufen sie schon zwei Tage lang, umsonst... Ihre wird mit der Nacht gegeben. Aber wir haben auch gearbeitet, was sagen Sie zu diesen blauen Lettern? Gut erdacht, he?... Aber sie haben heute Nacht unsere Plakate abgerissen... Ich gehe noch ein wenig Propaganda machen... Grüß Gott, Flurschütz... auf Wiedersehen

nachher... auf Sie können wir zählen... und abends trinken Sie doch mit auf den Sieg?“

Petruske sah dem Ratsherren nach, wollte dann hineingehen, um zu wählen, wurde aber auf die Seite gezogen von einem mageren Herren, dem Schreiber des katholischen Notars.

„Sie erleiden eine Niederlage“, flüsterte er, „was halten Sie davon, Flurschütz?“

„Hm, hm!“ wiederholte Petruske zwinlernd und strich seinen Schnurrbart in die Höhe.

„Sie liegen draußen... wir haben gezählt... alle ihre Plakate nähen ihnen nichts...“

„Hm!... Es ist Geusenwetter!“

„Ja, Sie in Ihrer Stellung können nicht reden wie Sie wollen. Ich frage nichts... aber wir wissen, daß Sie ein anständiger Mann sind und ein guter Flurschütz...“

Petruske stand da, mit seinem Stod zwischen den Pfosten des Notars, antwortete nichts, nickte aber und ging dann auf Geratewohl hinein.

Im Wahllokal grüßte er mit gemessener Höflichkeit, nahm seinen Wahlzettel und zog sich einen Augenblick in die Wahlzelle zurück. Seinen gefalteten Zettel steckte er vor der Nase des Verrichtenden in die Urne, warf einen Blick auf die Zeugen, machte eine Grimasse. Der liberale Zeuge nickte freundlich, der katholische zwinkerte.

Petruske ging dann im Pfeischausen rauchen in seinem Bureau unten im Gemeindepark. Hier konnte er das ganze Straßentreiben beobachten.

Er sah den Hilfspfarrer nicht an den Häusern dahinschleichen, der Rister ging vorüber mit einem Rad unter dem Arm. Das Radspier war zerrissen, und Petruske glaubte die drei Kerker einer Flagge zu erkennen. Drei alte Karren wurden aus dem Wagen des Notars herausgeholt, und die Liberalen brachten den kranken Pol auf einem Hundelarren bis unter das Fenster heran. Die Männer von der liberalen

Harmonie, die gemeinsam im „Roten Löwen“ essen sollten, liefen mit hochroten Gesichtern hin und her und trugen ihre Kennzeichen schon im Knopfloch.

Der Bürgermeister trat ein, setzte sich ungeordnet auf den niedrigen Schreibtisch, schlug seine Rockschöße über die Papiere.

„n Tag, Bürgermeister“, grüßte Petruske mit familiärer Chrecherbetung.

„n Tag, Flurschütz! Was meinen Sie...“

„Hm! Hm!... Es ist Geusenwetter, Bürgermeister, und haben Sie gestern noch diese beiden Bauern bearbeitet?“

„Ich tue immer meine Pflicht, Bürgermeister.“

„Ja, auf Sie können wir zählen, Petruske, wir werden auch für Sie sorgen... Kommen Sie, wir wollen eins trinken gehen im „Roten Löwen“.“

„Sollten wir nicht lieber in den „Engel“ gehen?“

„Warum?“

„Sie beziehen doch Bier von Ihrer Brauerei, Bürgermeister.“

„Aber es sind Pfäffische!“

„Ach, Flurschütz, Sie können niemals wissen, wofür das gut ist... es sind vielleicht noch Pfeiffer zu gewinnen...“

„Flurschütz, Sie sind ein Fuchs... Sie sind eine stille, aber gute Stütze der Partei...“

„Der Bürgermeister kennt mich“, sagte Petruske bescheiden.

Auf der Straße jubelten ihnen die Männer von der Harmonie zu. Der Bürgermeister nickte herablassend und der Flurschütz tat es ihm nach.

Im „Engel“ saßen bodächliche Bauern beim Kartenspiel. Der Bürgermeister plauderte mit der Wirtin, die mit den Ellbogen auf dem Schantisch lag, und Petruske stand bei den Spielern und sah ihnen ruhig zu. Als es auf dem

Klassenurteil im Prozeß Hermann. Im Weimarer Prozeß gegen den früheren Ministerpräsidenten von Thüringen, Grafen Hermann, ist trotz der Unhaltbarkeit der Klage und Fehlen jedes Beweises ein Strafurteil gefällt worden.

Am 17. eines D. Tages in Sachse. Donnerstag um 11 Uhr fuhr der von G. Lauchau kommende D-Zug kurz vor dem Bahnhof St. Egidien auf der freien Strecke auf eine von einem vorausfahrenden Güterzuge losgerissene Wagengruppe auf.

Die Reform des Strafrechts in Deutschland. Die deutsche Reichsregierung hat die Beratung des Entwurfes eines Allgemeinen deutschen Strafrechtbuches beendet und sich damit einverstanden erklärt.

Verurteilung faschistischer Raubdrücker. Das Turiner Gericht hat wegen der im Jahre 1923 dort verübten Gewalttätigkeiten und Schlägereien vier Faschisten zu Strafen zwischen zweieinhalb Jahren und vier Monaten verurteilt.

Mittelschülerstreik in Palermo. „Giornale d'Italia“ zufolge verließen in Palermo die „Bittore Emanuelle“, aus Protest gegen die eingeführten Prüfungen die Schule.

Das vom Sturm in der Adria losgetragene Arbeitsschiff mit den 32 Arbeitern ist von zwei Schleppten, die nach ihm ausgelassen worden waren, an der Pomina-Bung aufgehoben worden.

Im Flugboot über den Stillen Ozean. Das Marine-erkenntliche Büro der Vereinigten Staaten schloß einen Vertrag auf Lieferung eines Flugbootes ab, das fähig sein soll, einen Flug aus den Vereinigten Staaten nach Honolulu auszuführen.

Ein Verbrechen am Bahnhofshalter? Die Berliner Kriminalpolizei beschäftigte sich mit einer mysteriösen Angelegenheit. In der Nacht vom 1. zum 2. November verlangte ein Herr am Potsdamer Bahnhof an dem einzigen noch offenen Schalter für Fernzüge eine Fahrkarte.

Turm zwölf schlug, wurde das Spiel eingestellt. Der Bürgermeister zog ab, aber der Flurschütz nahm von dem Gewinner noch ein Schnapschen an.

Die sonstige Strafe lag einsam, als er nach Hause ging. Die Kirchentür war geschlossen. Im „Roten Löwen“ lärmten die Stimmen der festlich gestimmten Musikanten.

Nach dem Essen machte er sehr gemütlich sein Mittagschälchen in seinem Rehlstuhl, öffnete gegen 3 Uhr wieder die Augen, trank seinen Kaffee und zündete die Zigarre an.

„Wann werden wir das Ergebnis erfahren?“ fragte die Frau.

„Schon.“

„Ich bin doch beunruhigt, Petrus.“

„Ach... es wird schon recht sein... Ich gehe noch einen kleinen Spaziergang machen.“

Der Flurschütz nahm seinen Stod und ging auf Hof hinaus. Hinter dem Dorfe, unweit vom Ende eines katholischen Sandbades, begegnete er wiederum dem Notariatschreiber.

„Nicht liegen sie draußen, Flurschütz!“

„Bin!“ sagte Petrus.

„Wir sind unserer Sache sicher, Flurschütz, und jetzt mögen sie's nur nochmal probieren, oberauf zu kommen...“

„Ich hab' es stets gedacht,“ behauptete der Mann gerührt, „kommen Sie, wir gehen ein Gläschen trinken beim neuen Schöpfen, er bewirte...“

„Run, Flurschütz, das macht mir Vergnügen“, empfing ihn der Bauer.

„Sie tranken verschiedene Gläser Französischen und schwätzen über alles und nichts.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Die Rothaus als Parlamentarier. Die Nachkommen des alten Chingachsof finden sich immer mehr in die moderne Zeit und fordern auch ihre Würden und Ämter für sich.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Der Streik der Arbeiterschaft in der Strick- und Warenindustrie in Schönlinde geht unverändert weiter. Am Dienstag den 11. November hat sich die Arbeiterschaft der Firma Willibrod hat sich die Arbeiterschaft in Schönlinde angeschlossen.

Volkswirtschaft.

Die Krise im Ostrauer Revier.

Der Währsch-Ostrauer „Dach Coju“ befaßt sich mit der währschischen Lage der Bergbauindustrie im Ostrauer Revier und behauptet, daß die Krise eine nicht dagewesene Höhe erreicht hat.

Die Großhandelspreise.

Großhandelsindex: September 1924, Oktober 1924. Der Großhandelsindex für den Oktober 1924, beträgt nach Nummer 22 bis 23 der Preisberichte des Statistischen Staatsamtes (auf d. Grundlage...

Bergarbeiter-Internationale.

Die am 6. November in Brüssel zusammengetretene Erfindung der Bergarbeiter-Internationale hat beschlossen, auf einer im Januar 1925 in Hannover abzurufenen Sitzung definitiv einen permanenten Sekretär zu wählen.

Produktenbörse.

Die Beteiligte an der Börse war verhältnismäßig zahlreich, der Verkehr bewegte sich aber in ziemlich engen Grenzen.

„Ich hab' es stets gedacht,“ behauptete der Mann gerührt, „kommen Sie, wir gehen ein Gläschen trinken beim neuen Schöpfen, er bewirte...“

„Run, Flurschütz, das macht mir Vergnügen“, empfing ihn der Bauer.

„Sie tranken verschiedene Gläser Französischen und schwätzen über alles und nichts.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

„Nachher feiern wir im „Weißen Löwen“, wir rechnen auf Sie“, rief der Notariatschreiber ihm nach.

„Mit gleichmäßigem Gesicht trendelte der Flurschütz nach dem Gemeindegasthaus.“

Er nahm seinen Stod und trat auf die Straße. Die ersten Berichte gaben den Liberalen eine erdrückende Mehrheit.

„Was hab' ich gesagt?“ schrie der Wirt vom „Roten Löwen“.

Petrus zwinkerte, sah den Wirt davoneilen, um die Fahne herauszubringen.

„Sie wissen noch nichts,“ flüsterte der Notariatschreiber und lachte unter feinstem verwittertem Ströhhut.

Die Fahne hing schlaff über dem „Roten Löwen“ und unten probierten die Männer ihre Instrumente.

Da ging plötzlich, im „Engel“ und im „Weißen Löwen“ die Fahne hoch.

„Er schaut nach den Fähnchen,“ dachte Petrus.

„Ei, Herr Sekretär?“

„Ja, Petrus!“

„Mehr jagte der Sekretär nicht, aber er deutete nach dem „Roten Löwen“, wo man die Fahne wieder niederholte.“

„Nieder mit den Geusen!“ riefen die Demonstranten und warfen alle Scheiben kaputt.

„Hoch der Flurschütz!“ heulte der Küster.

Dann zogen sie singend zum „Engel“ und zum „Weißen Löwen“.

Petrus war überall, wo sich Lärm erhob.

„Ich hab's schon immer gedacht, daß Petruske ein Guter ist,“ sagte einer aus der Menge.

„Aber Petruske mußte schweigen...“

Als die Dämmerung anbrach, ging der Flurschütz, um dem Bürgermeister seinen Bericht zu machen!

„Es ist schlimm, Bürgermeister, aber was wollen Sie daran tun...“

„Ja, Flurschütz.“

„Ich wollte das Volk vom „Roten Löwen“ verjagen, ich schwang meinen Stod und kam unglücklichweise in eine Fensterscheibe...“

Mitteilungen aus dem Publikum.

Bei Regen, Wind, Kälte

wird man leicht von Erkältung befallen. Man muß daher rechtzeitig dafür Sorge tragen, daß im Hause nie fehle dir in keiner Schmerzalbernenden Wirkung einjghe

echte

DIANA-Franzbranntwein mit Menthol

Wohler Mr Massage Einreibung, Umschläge und als Gurgelwasser gleich unentbehrlich ist. Nehmen Sie nur Diana-Franzbranntwein an! Weissen Sie minderwertige Nachahmungen energisch zurück!

Überall erhältlich!

DIANA-Franzbranntwein-Produktion G.m.b.H. Prag VIII. Wien II. Drahojssona ul. 1073. Engertstraße 160.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in: NewYork 100 Kr. Dollar 2,98,25 Götting 100 Schweiz. Franc 15,47,50 Berlin 1 Mark 125,150,000,000,0 Wien 1 österr. Kronen 2,120,00

Prager Kurse am 14. November.

Table with 3 columns: Currency, Gold, Ware. Includes 100 holl. Gulden, 1 Billion Mark, 100 belg. Francs, etc.

Kunst und Wissen. Igor Strawinsky.

(Anlässlich des Konzertes der Prager Bezirkskommission für Kindererziehung und Jugendfürsorge im großen Luzernsaal am 13. November 1924.)

Igor Strawinsky, die bedeutendste Erscheinung unter den russischen Neutönern und eine der kraftvollsten und ursprünglichsten Persönlichkeiten im modernen Musikleben überhaupt, ist dem Prager Kunstpublikum kein Fremder. Vor zwei Jahren erregte seine symphonische Dichtung „Feuerwerk“ berechtigtes Aufsehen in einem philharmonischen Konzerte des Neuen deutschen Theaters und neuer im Frühjahr hat Alexander Zemlinski an der gleichen Stelle des Meisters köstlich groteske und satirisch tolle Parodie eines modernen Tanzes „Mazurka“ zur erfolgreichen Prager Erstaufführung gebracht.

Als Ballettkomponist hat Strawinsky das Maßgebendste und Originellste geschaffen, das die Musikwelt seiner Muse bisher verdankt. Gilt er doch mit Recht als der große Reformator des modernen Ballettes. Seine Ballette „Der Feuervogel“, die bereits genannte „Petruška“ und „Sacre du Printemps“ sind richtunggebende Meilensteine in der Geschichte des modernen Ballettes. Aber auch auf allen anderen Gebieten der schaffenden Tonkunst hat sich der heuer 42jährige Strawinsky (geb. am 5. Juni 1882 in Oranienbaum bei Petersburg als Sohn eines Opernsängers) betätigt und durchwegs Bedeutendes zu sagen vermocht.

Das Hauptwerk des donnerstägigen Strawinsky-Sonderkonzertes war die „Histoire d'un soldat“, die Geschichte und phantastische Erzählung vom Soldaten Josef, der auf Urlaub in die Heimat gehen will, unterwegs aber dem Teufel in die Hände fällt,

der ihm das Buch des Reichthums aufschwagt, um ihm dafür alles das zu nehmen, was sterbliche Menscheninder noch nötiger brauchen als Geld. Musik, Tanz, Pantomime und gesprochenes Wort erscheinen in diesem Werke zu einer neuartigen Kunstgattung verbunden. Modern in sachtechnischer Hinsicht wie nur möglich, schöpft diese symphonische Szene zuvorderst aus dem urwüchsigsten Elemente der Volksmusik, wie sie sich am unverfälschtesten auf Jahrmärkten, in Volkschören und im Volkstanz zu erkennen gibt; auffallend ist vor allem der ungeheure Reichthum Strawinskys an rhythmischen Einfällen. Leider wurde dem Werke anstatt der vorhergehenden szenischen bloß eine konzertmäßige Aufführung zuteil, wodurch Zweidrittel der Wirkung verloren gingen. Das zweite Werk der Vortragsordnung war ein Orchesterstück für Blasinstrumente, fast klassisch im Aufbau und in der Form, mit einer regelrechten Fuge ausgestattet und reich an musikalischer Invention, aber, wie alles bei Strawinsky, von gegenwärtigster Stillsitz, mit Gemeinplätzen neben genialster musikalischer Offenbarung, klassisch anmutenden Wendungen neben wirtshausmäßigen. Das abgeklärteste Stück Strawinskys des interessanten Abends boten die drei unter dem Titel „Japanische Lyrik“ vereinigten Lieder mit Kammerorchesterbegleitung: äußerst gedrängt in der Form und dennoch unendlich alles sagend im Ausdruck und von feinabgeleiteter instrumentaler Farbe untermalt. Via Ritornell, eine von Strawinsky eigens bestellte Sopranistin, sang diese eigenartigen Weisen mit innerlich überzeugender Ausdruckskraft und Söbner, wenn auch in der Intonation nicht immer ganz reiner Stimme.

Der Erfolg des Konzertes, das den Charakter einer ungeheuren Sensation trug und vor ausverkauftem Saale stattfand, war ebenso groß wie echt, trotzdem sich zum Schlusse einige Kravallmacher bemerkbar machten. Doch dieses Konzert überhaupt stattfinden konnte und noch mehr der Umstand, daß es sich einer so außerordentlichen Teilnahme des Publikums zu erfreuen hatte, ist entweder ein Zeichen noch nicht ganz erloschenen Kunstsinnes in Prag oder aber bloße Sensationslustigkeit unserer Zeit. Edwin Janetschek.

2. Melchior (Tenorist) wird am 24. d. im Smetana-Saal ein einziges Konzert veranstalten. Am Klavier H. Trunk.

Konzert Ballettini am 17. d. im Lucerna-Saal. Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Sonntag Schiller-Fest „Don Carlos“; Sonntag nachmittags „Fausthäuser“, abends „Gräfin Mariza“; Montag Gastspiel Strad-Manowarda „Götterdämmerung“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag Premiere „Clo-Clo“; Sonntag nachmittags „Kokkappchen“, abends „Die beiden Herren der gnädigen Frau“.

Der Film.

Vorföhrung eines Films in der Pariser Oper. Donnerstag abends fand in der Großen Oper in Paris in Anwesenheit des Präsidenten der französischen Republik und zahlreicher hervorragender Persönlichkeiten die feierliche Vorföhrung des Films

Muskschreibung.

Für das Kreisgebiet Ausfig wird zum sofortigen Antritt ein

Verwaltungsbeamter

gesucht. Bewerber haben unter Nachweis einer mindest fünfjährigen Gewerkschaftszugehörigkeit, Angabe des Alters und der bisherigen Beschäftigung ein selbstgeschriebenes Offert einzubringen.

Bedingung ist vor allem: Vollkommene Beherrschung und Kenntnis aller gewerkschaftlichen Fragen und Arbeiten.

Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Zentrale Ausfig, Langgasse 42/I. 3058

Ernst Sattler und Frau Mella geb. Löw VERMÄHLTE. KARLSBAD DRAHOWITZ im November 1924. 3062

Kuh & Kretsch Erzeugung von alkoholfreien Fruchtperlen 1498 Teplitz-Schönau

Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.

„Wunder der Wölfe“ statt. Es ist dies ein historischer Film aus der Zeit Ludwigs XI., in welchem die Belagerung der Stadt Bourges veranschaulicht wird. Der Film wird in künstlerischer Hinsicht von der Kritik geröhmt. Die Vorstellung war die erste Vorföhrung eines Films in der Großen Oper. Der Präsident der Republik nahm zum erstenmale offiziell an einer solchen teil.

Die ganze Republik erwartet „Die Skabensköningin“.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Lokalorganisation Klado-Krochslav. Morgen Sonntag um 5 Uhr nachmittags, findet in Klado im Hotel „Post“ eine Parteimitgliederversammlung statt. Tagesordnung: „Die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft“. Referent Genosse Goldschmidt, Redakteur des „Sozialdemokrat“ in Prag.

Herausgeber Dr. Ludwig Cech. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehn. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag Für den Druck verantwortlich: C. Polik.

Frauenwelt

Eine Halbmonatsschrift. Jede Nummer 2,-. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Ernst Sattler Karlsbad, Aerag Palace

Lehrmeister-Bäckerei

Eine bewährte Sammlung praktischer Anleitung für alle möglichen Bedürfnisse des täglichen Lebens. (Handwerk, Technik, Viehhaltung u. a.)

Über 700 Nummer erschienen! Jede Nummer 1,-. Verzeichnisse senden kostenlos

Volksbuchhandlung

Kromer & Co., Teplitz-Schönau, Theresiengasse 18-20.

Alle Bücher

tiefer rasch und billig die

Volksbuchhandlung

Kromer & Co., Teplitz-Schönau, Theresiengasse 18-20. Großes Lager in preiswerter Gelegenheitsläufen. Verzeichnisse senden wir auf Wunsch kostenlos

Eine überaus wirksame Propaganda ist heute dem modernen Geschäftsmann in der Anzeige in die Hand gegeben. Sie wirkt am meisten in Blättern der organ. Arbeiter und arbeitet für ihn, ohne daß er große Auslagen hat, und - das Wichtigste - Erfolg hat sie immer!

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Montag, 17. November 8 Uhr abends, Karolinum Vortrag des Gen. Dr. Heinrich Pollak über „Die englische Arbeiterbewegung von heute“. Gen. Dr. Pollak war der Londoner Vertreter des „Sozialdemokrat“. Gäste willkommen.

Turnen und Sport.

V. Kreis. Alle Bezirksleitungen werden erjudt, sofort einen Bezirks-Wintersportwart namhaft zu machen. Adressen sind an Franz Viktorin, Kosten Nr. 240 bei Teplitz-Schönau bekannt zu geben.

V. Kreis, 2. Bezirk. Alle Vereinsobmänner werden gebeten, ihre Wintersportsektionen, deren Ausbildung und Mitgliederzahl ehestens zu melden. Wo noch keine solchen Sektionen vorhanden, dort sollen solche nach Möglichkeit geschaffen werden. Neuanmeldungen von Skifahrern erhalten Trodenturfe. Alle Meldungen an Franz Viktorin, Kosten 240 bei Teplitz-Schönau.

Large advertisement for Ceres Speisefett (Cooking Fat) with multiple instances of the brand name and product description.

Advertisement for Arbeiter-Jahrbuch 1925, published by the German Social Democratic Workers' Party, featuring a list of contents and contact information.